

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



3 / 2014

Politische Bildung in der digitalen Wissensgesellschaft



Foto: BMBF / Wissenschaftsjahr 2014

Das Web 2.0 bringt für Politik, Medien und die Gesellschaft insgesamt revolutionäre Veränderungen. Die öffentliche und die private Kommunikation verändern sich in nie gekannter Weise. Zeit und Anlass für politische Bildner aus der ganzen Bundesrepublik, in Tutzing die Konsequenzen dieses digitalen Wandels für die politische Bildung zu diskutieren. Erleichtern digitale Medien den Zugang zu Veranstaltungen und erhöhen sie die Bereitschaft zur Partizipation?

Siehe Seite 3

Weitere Themen im Heft:

<i>Politische Kultur – im Umgang mit Russland</i>	S. 7
<i>Separatismus in Europa</i>	S. 8
<i>Integrationskulturen in der Migrationsgesellschaft</i>	S. 10
<i>Aufstieg und Niedergang von Nationen</i>	S. 12
<i>Die Folgen von Bologna</i>	S. 23
<i>Hans Maier aus dem Kuratorium verabschiedet</i>	S. 29

Chinas Probleme beim Sprung nach vorn Erinnerung an das Massaker vor 25 Jahren

Die Volksrepublik China ist im Windschatten der Ukraine-Krise ein wenig in den Hintergrund der aktuellen Themen der internationalen Politik geraten. Trotzdem verdient dieses riesige Land auf dem Weg zur Weltmacht unsere ungeteilte Aufmerksamkeit. China hat mehr Einwohner als Nordamerika, Europa und Russland zusammen. Es ist nach seiner Wirtschaftsleistung die



Generalkonsul Zhu über die aktuelle Situation seines Landes

zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und Exportweltmeister. Akademiedozentin Saskia Hieber, die selbst in der Tagung referierte, erinnert in einem eigenen Beitrag an die brisante politische Situation in China vor 25 Jahren. Damals wurden Proteste auf dem Tiananmen-Platz in Peking blutig niedergeschlagen.

Siehe Seite 19

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Politische Bildung in der digitalen Wissensgesellschaft	3
Breite Palette von Planspielen in der politischen Bildung	6
Politische Kultur – im Umgang mit Russland	7
Krise der Regionen?	8
Integrationskulturen in der Migrationsgesellschaft	10
Aufstieg und Niedergang von Nationen	12
Radio neu denken	15
Soziale Medien verändern die politische Kommunikation	16
Die „Zeitfresser“ sinnvoll einsetzen	17
Chinas Probleme beim Sprung nach vorn	19
Tiananmen 1989 – vom „Zwischenfall“ zur Katastrophe	21
Die Folgen von Bologna	23
Welche Bildung wollen wir?	25
Die USA und Europa: Partner auf Augenhöhe?	26
Geheimdienste in der Demokratie	27
Hegel in Südamerika	28
Umsichtiger Vorsitzender mit intellektueller Brillanz	29
Klostergeschichten und Solarhäuser	30
Tutzing auf historischen Postkarten	31
<i>Vor 20 Jahren in der Akademie:</i> Scharpings Tutzinger Rede vom 26. November 1994	32
Abschied nach mehr als 18 Jahren	33
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	34
Pressespiegel	35
Themen – Tagungen – Termine	37
Förderkreis	43
Namen und Nachrichten	44

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Pers. Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Sebastian Haas

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)

Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Satz & Druck Peter Molnar

Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Politische Bildung in der digitalen Wissensgesellschaft

Das Web 2.0 bringt für Politik, Medien und die Gesellschaft insgesamt revolutionäre Veränderungen. Die öffentliche und die private Kommunikation verändern sich in nie gekannter Weise. Zeit und Anlass für politische Bildner aus der ganzen Bundesrepublik, in Tutzing die Konsequenzen dieses digitalen Wandels für die politische Bildung zu diskutieren.

Die neuen Partizipationsmöglichkeiten des Web 2.0 haben Konsequenzen für Inhalte, Methoden und Formate der politischen Bildung. Wie verändern digitale Medien das Lernen? Erleichtern sie den Zugang zu Veranstaltungen und erhöhen sie die Bereitschaft zur Partizipation?

„Digitale Eiszeit“

Für Thorsten Schilling, den Fachbereichsleiter Multimedia bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist spätestens mit den NSA-Enttrollungen des Edward Snowden die „digitale Eiszeit“ angebrochen. Das Vertrauen in den freiheitlichen Fortschritt des World Wide Web ist zerstört, das Internet wurde zu einem autoritären System der Desinformation durch Internetriesen und Geheimdienste. Es drohen permanente Überwachung und institutionalisierte Pa-

ranioia. Datenschutz gilt nichts mehr. Der im Juli 1989 aus der DDR ausgewiesene Schilling fürchtet gar einen „aufkommenden digitalen Stalinismus“ – auch wenn er weiß, dass dies eine überspitzte Formulierung ist. Aber ein autoritäres Datenregime ohne wirksame Kontrolle sei allemal zu beobachten. Gleichzeitig ist die Faszination des Internets ungebrochen – nicht nur bei Jugendlichen. Die digitale Kultur ist effizient, transparent, innovativ, wissenschaftsnah, sozial, unendlich und begeisternd. Was kann helfen, diesen Gegensatz zu überwinden? Schilling hielt ein paar Anregungen parat:

Politische Bildung müsse deutlich machen, dass der Einzelne auch online der Souverän seiner Selbst sein muss. Das Grundgesetz sei ein „höchst subversives Dokument“, das „vor dem Zuschlagen der großen Mächte“ schützen könne. Schließlich habe der frü-

here Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, festgestellt, dass eine „verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung“ verfassungswidrig sei.



*Thorsten Schilling: „Autoritäres Datenregime ohne wirksame Kontrolle“
Fotos: Haas / Prume*

Schilling forderte eine „radikale Subsidiarität“ und eine Aktualisierung des „Überwältigungsverbots“ des „Beutelsbacher Konsenses“. Der Wert der Gewaltenteilung müsse wieder ins Bewusstsein gerückt werden. Schilling denkt an eine „Renaissance des Analoges“ („Das muss wieder cool werden“). Alte Strukturen müssten nicht unbedingt schlecht sein, sagte er und forderte eine „Emanzipation Europas von den USA“.

Ruf nach der Feuerwehr

Auch Akademiedirektorin Ursula Münch erkennt große Herausforderungen und Bewährungsproben für die politische Bildung im digitalen Zeitalter. Die Rechtsextremisten des Front National unter Marine Le Pen dominieren die politische Diskussion in Frankreich. Extremisten und Populisten sind auch in anderen europäischen Nachbarländern zum Teil sehr



Zeichnung: Tomaschoff

erfolgreich – zuletzt bei der Europawahl im Juni 2014. Den deutschen Sicherheitsbehörden – wenn nicht sogar der ganzen Gesellschaft – könne spätestens seit den Taten des NSU der Vorwurf gemacht werden, auf dem rechten Auge blind zu sein.

Münch sprach von einer „Fehlfixierung der Polizei und des Verfassungsschutzes auf Strukturen“. Wer die suche, erkenne keine Zellen. Zudem befinde sich das politische System der repräsentativen Parteiendemokratie in einer „tiefen Glaubwürdigkeitskrise“. Nie sei die Einschätzung der Kompetenz des politischen Führungspersonals so schlecht gewesen wie jetzt. Die politischen Repräsentanten werden von einer Mehrheit als inkompetent, überfordert, unglaublich, eigennützig und ohnmächtig wahrgenommen. Die weiter sinkende Wahlbeteiligung sei ein Ausdruck von Ohnmachtsgefühlen.

Politische Bildung sei das beste Gegengift gegen Extremismus und Apathie, sagte Münch. Aber ihre Angebote müssten der zunehmend fragmentierten Gesellschaft angepasst werden. Sie müsse deutlich machen, dass nicht anonyme Strukturen das politische Leben bestimmen, sondern noch immer eigene Entscheidungen, rät die Akademiedirektorin. Aber für die eher größer werdenden Aufgaben brauchen die Einrichtungen der politischen Bildung Geld, Strukturen, Institutionen und attraktive Lernorte. Die Digitalisierung könne dabei helfen, sei aber kein Allheilmittel.

Alte Aufgaben

Siegfried Schiele prägte 28 Jahre lang als Direktor sehr erfolgreich die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg. Er referierte zur Geschichte der Landeszentralen und der immerwährenden Auseinandersetzung um und mit Institutionen, Ressourcen und politischen Interessen. Er sprach sich dezidiert für eine Anbindung an die Staatskanzleien der Bundesländer aus. Schiele betonte die immerwährende Bedeutung der alten Kernaufgaben Didaktik und Vermittlung. Nach wie vor sei es wichtig, möglichst breite Bevölkerungs-

schichten zu erreichen, gerade auch die Jugend. Neue digitale Medien und das Netz könnten dabei gute Hilfsmittel sein. „Wenn ich noch etwas zu entscheiden hätte, würde ich sofort eine Abteilung für digitale Medien einrichten“, sagte Schiele.

Digitale Werkzeuge

Harald Parigger ist erst seit Herbst 2013 Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die er nach heftigen politischen Turbulenzen und Affären um seinen Amtsvorgänger Peter März übernommen hatte. Der frühere Gymnasialdirektor nahm vor allem die Schulen in den Fokus: in fächerübergreifendem, projektbezogenen Unterricht liegt seiner Meinung nach die (einzige?) Chance, mit nur einer Oberstufen-Stunde Sozialkunde eine fundierte Basis zur Einübung demokratischen Denkens zu schaffen. „Pubertierenden Jugendlichen können Sie die Werte des Grundgesetzes jedenfalls nicht mit einem halbstündigen Referat vermitteln“, sagte Parigger. Er denkt stattdessen an Simulationen, Debattentrainings, Mentoring, Besuche von Gremiensitzungen und Gespräche mit Mandatsträgern. Alles das müsse ergänzt werden durch das Werkzeug – nicht Spielzeug – digitaler Angebote. Siegfried Schiele stimmte zu, schränkte aber ein: „Die in unserer Landesverfassung garantierte Mindestausstattung an Staatsbürgerkunde ist nicht gewährleistet.“

Boris Brokmeier vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) – dem auch unsere Akademie angehört – stellte das Projekt Blended Learning Democracy vor. Dabei wurden in Seminaren mit Jugendlichen an drei Orten (Bremen, Dresden und in der Gohrde) ganz bewusst und gezielt soziale Medien eingesetzt.

Digitale Partizipation

In Bremen waren die „Stadtteilchecker“ unterwegs. In Dresden gab es eine „Rolling Discussion“ – eine partizipative Straßenbahnfahrt zu kommunalpolitischen Brennpunkten und Gesprächen mit Kommunalpolitikern.

Und in der Gohrde im nördlichen Niedersachsen ging es um den Paragraphen 36 der Kommunalverfassung, der die Mitsprache Jugendlicher regelt (Podcast §36). Brokmeiers Fazit: Soziale Medien können politische Bildung



Boris Brokmeier stellte das Projekt „Stadt – Land – Web“ vor

positiv beeinflussen und Partizipationsprozesse fördern, wenn die Umstände stimmen, in denen medial gestützte Bildung stattfindet. Das Projekt zeigte, dass eine Mischung aus herkömmlichen und netzbasierten Methoden die besten Ergebnisse bringt. Die Projekte sind online unter dem Titel „Stadt – Land – Web“ dokumentiert und können auch als Broschüre beim AdB bestellt werden:

(<http://www.adb.de/content/stadt-%E2%80%93-land-%E2%80%93-web-jugendliche-gestalten-partizipation-vor-ort-im-netz>).



Die freie Bildungstrainerin Ute Demuth zeigte in einem Workshop, wie Internet und Social Media als Inhalt und Methode der politischen Bildung funktionieren können. Sie warnte vor der Vorstellung, auf Plattformen wie Facebook neue Teilnehmer für Bildungs-



veranstaltungen rekrutieren zu können – zumindest aber erreicht man Personen, die im wahren Leben keine Tagungsräume betreten. Die digitalen Medien seien ein Glücksfall für die politische Bildung. Denn durch die Vernetzung in der digitalen Welt sei Partizipation auch über den realen Seminarraum hinaus möglich. Demuth warnte jedoch vor unverantwortlichem Einsatz der neuen digitalen Medien: Man dürfe nicht Jugendliche auf Facebook locken („Das Internet ist zur Zeit ein grundrechtsfreier Raum“), ohne sie über mangelnden Datenschutz und andere Risiken aufzuklären. Schulen könnten aber alternative Plattformen schaffen, eigene Server nutzen und somit im deutschen Rechtsraum agieren.

Verwechslung von Realität und Fiktion

Manuela Pietraß, Professorin an der Universität der Bundeswehr München, stellte sich in ihrem Vortrag den Herausforderungen für die Medienpädagogik im digitalen Zeitalter. Sie präsentierte eine Theorie, die drei Ordnungswelten kennt: Tatsachen, Beschreibungen und Simulationen. In Letzterer bewegen wir – statt uns selbst – „Avatare“ als Netzidentität durch das Web. Ein Fehler im Umgang mit diesen drei Welten ist die mögliche



Ute Demuth: „Social Media bringen nicht automatisch neue Teilnehmer in die Seminare“

Verwechslung von Realität und Fiktion. Und die Virtualität der Simulationswelt werde mit Fiktion gleichgesetzt. Das werde zum handfesten Problem bei den sogenannten Facebook-Partys oder beim Cybermobbing. Die Medienpädagogik als Teil der politischen Bildung müsse daher alle drei Ordnungswelten in die Medienerziehung einbeziehen.

Vor welchen Herausforderungen steht das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit seinem Bildungsauftrag?

Thomas Neuschwander vom Bayerischen Rundfunk skizzierte die Entwicklung vom Bildungsprogramm „Te-

lekolleg“ der 1970er Jahre über den früheren Bildungskanal „BR alpha“ bis zum nun umbenannten „ARD alpha“.

Fernsehen lernt von YouTube

Der eindimensionale Frontalunterricht des Telekollegs könne heute Kinder und Jugendliche nicht mehr erreichen. „Wir müssen auf den User eingehen, uns an seinen Wünschen orientieren. Dabei dürfen wir keine Maßstäbe von Qualität aufgeben. Wir können aber auch nichts gegen den Widerstand des Publikums durchsetzen.“ Wichtig seien spannende Drehorte, Spaß und Lebensweltbezug. Die Lernschritte müssten einprägsam sein. Es bedarf sehr guter Visualisierung und hoher Redundanz. Gefragt seien permanente Aktion, kurze Intervalle, wechselnde Medien und schnelle Erfolgsergebnisse. Heute orientiere man sich bei Formaten im Netz vermehrt an erfolgreichen YouTube-Kanälen. Das bedeutet: Videoclips dauern drei bis vier Minuten. Länger bleiben Jugendliche auch bei YouTube nicht dran. Neuschwander zitierte zum Schluss den langjährigen RTL-Programmdirektor Helmut Thoma: „Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.“

Michael Schröder



Digital ist schlau: Unsere Tagung war Teil des Wissenschaftsjahres 2014 „Digitale Gesellschaft“

Breite Palette von Planspielen in der politischen Bildung

Einen guten Überblick über die unterschiedlichsten Planspiele und ihre Einsatzmöglichkeiten in Schule, Wissenschaft und politischer Bildung bot eine Tagung in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der SAGSAGA (Swiss Austrian German Simulation and Gaming Association). Die Palette reichte von Kommunalpolitik über den Bundestag bis zur internationalen Sicherheitspolitik, von der Politikberatung über Demokratie und Menschenrechte bis zu Europa und Ökologie und Energiepolitik. In zahlreichen Panels, Sektionen und Modulen wurden Planspiele präsentiert, getestet, diskutiert – und natürlich auch gespielt. Daneben wurden aktuelle Forschungsergebnisse zum Einsatz von Planspielen in der Bildungsarbeit vorgestellt.

Uta Löhner von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit stellte eine eigene Online-Plattform für Planspiele in Aussicht. Sie soll auch Angebote enthalten, die nicht nur fürs Gymnasium geeignet sind. Wolfgang Berger von der Landeszentrale in Baden-Württemberg erläuterte die bereits recht umfangreichen Aktivitäten in diesem Bereich, sprach jedoch auch von „Optimierungsbedarf“. Er hob die Eigenentwicklungen seines Hauses hervor und betonte, dass man eigene Teams für die Durchführung der Planspiele ausbilde. Er forderte vergleichbare Qualitätsstandards und regte die Schaffung

eines Gütesiegels an. Insbesondere für kürzere Spiele zum Einsatz mit benachteiligten Jugendlichen und Auszubildenden gebe es Bedarf.

Detlef Dechant von der Bundeszentrale für politische Bildung stellte die Planspieldatenbank vor, die einen Schwerpunkt der Arbeit bildet. Er regte mehr Spiele für Grundschüler an, machte aber auch deutlich, dass eine Finanzierung von Planspielentwicklung nicht machbar sei. Uta Löhner sprach sich dafür aus, die Planspielmethode noch stärker in die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften aller Schularten zu integrieren, da die Vor-

behalte gegenüber einem Einsatz im Unterricht doch immer noch recht groß seien. Dies ist vor allem beim einstündigen Fach Sozialkunde in Bayern ein Problem und aus Sicht der Lehrkräfte durchaus nachvollziehbar.



Die Planspieldatenbank der Bundeszentrale für politische Bildung

Stefan Rappenglück von der SAGSAGA plädierte deshalb für eine fächerübergreifende Zusammenlegung von Stunden, da durch Planspiele viele Kompetenzen gefördert werden. Besonders Projekttag seien für die Durchführung von Planspielen in der Schule geeignet. ■

Michael Schröder



Schwimmbad oder Industrieansiedlung? Entscheidung im Gemeinderat



Schulentwicklung im Planspiel

Fotos: Schröder

Politische Kultur – im Umgang mit Russland

Der Ukraine-Konflikt stand im Mittelpunkt des 17. Passauer Tetralogs

Es hat schon Tradition: Am Sonntag nach Eröffnung der Festspiele Europäische Wochen findet der Passauer Tetralog in Kooperation mit unserer Akademie statt. Im Audimax der Universität lautete das Thema: „Ohne Grenzen? Politische Kultur in Europa“.

Auf dem Podium kamen zusammen: Vladislav Belov, Direktor des Zentrums für Deutschlandforschung an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau; Elmar Brok, der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments; der Generalkonsul der Republik Polen in Kiew, Rafal Wolski, und Horst Teltschik, ehe-

maliger Kohl-Berater und Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz. Gastgeber und Moderator war wie immer unser früherer Akademiedirektor Heinrich Oberreuter. skis und Elmar Broks zusammenprallten. Horst Teltschik und Heinrich Oberreuter vermittelten – freilich aus deutsch-europäischer Perspektive. Elmar Brok sieht in der Entwicklung in der Ukraine große Parallelen zu der im Polen der 1980er-Jahre. Ein Volk habe sich entschieden, in Freiheit zu leben und seine Rechte wahrzunehmen. Die Europäische Union musste eine sol-



Diskussionsrunde in Passau: (v.l.) Horst Teltschik, Elmar Brok, Universitäts-Präsident Burkhard Freitag, Heinrich Oberreuter, Rafal Wolski und Vladislav Belov
Foto: Haas

maliger Kohl-Berater und Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz. Gastgeber und Moderator war wie immer unser früherer Akademiedirektor Heinrich Oberreuter.

Zwei Fronten

Der Drang nach Frieden und Freiheit ist der wichtigste Integrationsfaktor Europas und bestimmt die politische Kultur des ganzen Kontinents. Nun gibt es nicht nur im Osten Europas genug Gründe, um den Stand der politischen Kultur zu diskutieren. Doch das Verhalten Russlands in und um die Ukraine bestimmte die Diskussion beim 17. Passauer Tetralog von Beginn an. So bildeten sich auf dem Podium schnell zwei Fronten, auf der die Ansichten Vladislav Belovs mit denen Rafal Wol-

che Entwicklung unterstützen, habe aber bei jeder Vermittlung Rücksicht auf Russland genommen – was Präsident Putin ignoriere. „Manchmal habe ich das Gefühl, dass man in Moskau seiner eigenen Propaganda glaubt“, meinte Brok und auch Rafal Wolski machte in all seinen Ausführungen deutlich: Russland ist aus polnischer und somit europäischer Sicht kein sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und politisch zuverlässiger Partner.

Vladislav Belov antwortete mit dem Verweis darauf, dass Russlands Erwartungen, als europäisches Land akzeptiert zu werden, seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion pausenlos enttäuscht würden. Putins Angebote für eine Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Themen – 2001

vor dem Bundestag in Berlin, 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 2008 im Zusammenhang mit der Krise in Georgien – seien falsch interpretiert worden. Das seit Jahrhunderten bestehende russische „Sicherheitstrauma“, kombiniert mit einer deutlich ausgeprägteren Orientierung an staatlichen Institutionen, begründe letztlich das Vorgehen auf der Krim im Frühjahr 2014.

Nach Meinung Teltschiks hat Russland im ersten Halbjahr 2014 jedes europäische Vertrauen in sich zerstört. Sein Sicherheitsbedürfnis sei vollkommen übersteigert, müsse aber dennoch ernst genommen werden. Dass vor diesem Hintergrund vielversprechende Initiativen im Sand verlaufen – so wie das Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland, der NATO-Russland-Rat oder eine mögliche gesamteuropäische Freihandelszone – sei beiden Seiten vorzuwerfen. Völlig unverständlich sei es aber, dass Russland die NATO noch immer als feindliche Institution versteht. „Die sicherste Grenze, die Russland überhaupt hat, ist die im Westen“, sagte Teltschik.

Kooperation ohne Alternative

Die NATO bedeute für Russland nun einmal militärisches Eingreifen, antwortete Vladislav Belov. „Sie bedeutet: Jugoslawien, Syrien, Libyen.“ Er hofft auf ein Ende gegenseitiger Beschuldigungen, den Beginn einer Suche nach gemeinsamen Überzeugungen und die Nutzung erprobter Verhandlungsplattformen. Und er glaubt, dass auch der russische Präsident Putin noch von überzeugenden westlichen Argumenten – womöglich sind es wirtschaftliche – beeinflusst werden kann. Einig waren sich alle Teilnehmer der engagierten Diskussion zu guter Letzt in einem Punkt: Mittel- und langfristig muss es bei einer engen Kooperation zwischen Russland und Europa bleiben. Schon alleine, um attraktiv für das Gespräch mit dem ostasiatischen Riesen China zu bleiben. ■

Sebastian Haas

Krise der Regionen?

Europas Problem mit Unabhängigkeitsbewegungen und Separatismus

Krim und Kosovo, Kurdistan und Katalonien, Schottland und Südtirol, Flandern und Baskenland, Sardinien und Piemont, Transnistrien und Vojvodina ... In und um Europa herum streben fast 80 Regionen nach mehr Selbständigkeit und schlagen separatistische Töne an, auch weil sie in der Europäischen Union zu unmittelbaren Mitspielern werden (wollen). Unsere Tagung widmete sich den jüngsten Entwicklungen auf subnationaler Ebene und nahm Regionen in den Fokus, deren Aufbegehren die staatliche Einheit herausfordert.

Können separatistische Bestrebungen europäischer Regionen zu einem Schlüsselproblem des 21. Jahrhunderts werden? Diese Frage thematisierte Franz Schausberger, der ehemalige Landeshauptmann von Salzburg, Mitglied im Ausschuss der Re-



Franz Schausberger: „Die neuen Separatisten setzen nicht mehr auf Attentate“
Fotos: Haas

gionen der EU und Gründer des Instituts der Regionen Europas. Er beantwortete sie mit einem klaren Ja. Eine „wohlverstandene Regionalisierung“ beruhige zumindest die Separatisten der neuen Generation, die auf den Zuspruch der breiten Bevölkerung setzen statt auf Attentate. Doch genau diese demokratische Legitimation kann auch dafür sorgen, dass benachteiligte bzw. sich benachteiligt füh-

lende Regionen schnell die eigene Selbständigkeit einfordern – zumal sie oft von der eigenen wirtschaftlichen Überlegenheit in Bezug auf die Zentralmacht überzeugt sind, wie die Beispiele Katalonien, Flandern und Schottland zeigen. Europa habe zwar in den vergangenen 150 Jahren Staaten und Imperien zerfallen und viele neue, auch kleine Staaten entstehen sehen. Das Neue an den gegenwärtigen Entwicklungen ist, dass sie vermehrt innerhalb des Projekts der Europäischen Integration vor sich gehen. Daraus erwachse gerade für die EU die Herausforderung, mit Unabhängigkeits- und Sezessionsbestrebungen innerhalb ihrer Mitgliedstaaten, aber auch innerhalb von Kandidatenländern oder potentiellen Kandidatenländern, richtig umzugehen.

Chance der Regionen

Der Siegener Politikwissenschaftler Peter Schmitt-Egner erklärte den abstrakten und komplexen Rahmen des transnationalen Regionalismus und wie sich dieser mit dem europäischen Gemeinwohl in Einklang bringen lässt – zum Beispiel durch die Interreg-Programme. Ursula Männle, ehemals Bayerische Staatsministerin und Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und heutige Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, sprach über den Ausschuss der

Regionen und die Herausforderungen für Vertreter der Bundesländer in Brüssel. Dabei sieht Männle gerade in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen eine große Chance, um die Bürger in den europäischen Integrationsprozess einzubinden.



Ursula Männle: Über die Regionen die Bürger in den europäischen Integrationsprozess einbinden

Schwerpunkt unserer Tagung waren Geschichte und Hintergründe der aktuellen Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegungen innerhalb der EU. Im Falle Schottlands stellte Klaus Stolz von der TU Chemnitz folgende Thesen auf:

- Die dortige Autonomiebestrebung ist rein aus dem Gefühl der Nichtberücksichtigung innerhalb der britischen Politik motiviert.
- Die Devolution – sozusagen das Herunterreichen von Kompetenzen von London nach Schottland – muss immer wieder neu ausgehandelt werden und dient nicht dazu, den schottischen Nationalismus zu beruhigen.
- Das für September 2014 geplante Referendum über eine Unabhängigkeit Schottlands ist aus Sicht der Briten die einzige Chance, das Thema von der politischen Tagesordnung zu bringen.



Mit einem Sieg der Sezessionisten rechne er persönlich bei diesem Referendum nicht – wobei allerdings der drohende EU-Austritt Großbritanniens den europafreundlichen Schotten schwer zu schaffen macht.

Spannungen in den Mitgliedsländern

Dass eine Unabhängigkeit Kataloniens von Spanien für beide Seiten schwerwiegende Folgen haben könne, erläuterte Sören Brinkmann von der Universität Erlangen-Nürnberg: So würde das Mutterland in Zeiten der Krise ein Sechstel seiner Bevölkerung und Wirtschaftsleistung verlieren, während dem neu gegründeten Staat EU- und Euro-Ausschluss und damit die Massenabwanderung von Unternehmen drohten. Doch von der Entkatalanisierung unter Franco bis zur Ablehnung eines für November 2014 geplanten Referendums durch die Zentralregierung – die Katalanen fühlen sich seit Jahrzehnten unter Wert behandelt, und so wäre bei einem Zurückziehen des Referendums und anschließenden Neuwahlen nur eine weitere Radikalisierung der separatistischen Bewegung die Folge. Der Ausgang: völlig offen.

Etwas einfacher ist der Blick auf Belgien, wo die nach Sprache, Kultur, Wirtschaft und Verwaltung zweigeteilte Konsensdemokratie nach Auffassung von Dirk Rohtus (KU Leuven) am Ende angekommen ist. Flämische Nationalisten, mittlerweile mit einer Mehrheit für das ganze Land ausgestattet, argumentieren mit dem Trend der Kompetenzverlagerung in EU und Regionen – was Belgien überflüssig mache. Das wahrscheinlichste Modell für die Zukunft ist demnach eine Konföderation, in dem zwei faktisch selbständige Staaten entscheiden, welche Kompetenzen bei der Zentralregierung in Brüssel bleiben sollen.

Darüber hinaus erläuterte Günther Palaver von der Universität Innsbruck am Beispiel Südtirols, wie ein ethnischer Konflikt beruhigt werden kann: Indem

man ihn in ein System des Interessenausgleichs überführt, innerhalb dessen alle Nationalitäten einbezogen werden. Im Umgang mit Regionalismen in Ostmitteleuropa – ein Beispiel ist die starke ungarische Minderheit



Solche Bestrebungen werden in Südtirol nur noch von einer Minderheit unterstützt

Foto: wikimedia common license

in Rumänien – könne man sich an diesem Vorgehen orientieren, befand Klaus Ziemer (Trier).

Im Umfeld der EU

Wer auf separatistische Tendenzen im Umfeld der EU blickt, kommt an der Ukraine nicht vorbei. Margarete Klein von der Stiftung Wissenschaft und Politik ordnete die innenpolitischen Entwicklungen des Frühjahrs 2014 ein:

- Die Referenden über die Abspaltung der Krim und der Ostukraine seien weder transparent noch demokratisch verlaufen.
- Die russische Bevölkerung der Ukraine sei nicht bedroht. Die nationalistische ukrainische Rechte habe bei den Präsidentschaftswahlen nur zwei Prozent der Stimmen erhalten.
- Die Regierung der Ukraine habe einerseits mit ihren Beschlüssen kein Vertrauen bei der Bevölkerung im Südosten des Landes gewonnen – andererseits gebe es dort keine Mehrheit für die Forderungen der russischen Separatisten.

Russland wiederum sieht sich als Integrationszentrum im eurasischen

Raum, das durch eine mögliche Ausweitung der NATO bis an die eigenen Grenzen bedroht wird (wobei die Ukraine dieses Ziel seit 2008 nicht mehr verfolgt hatte). Nach Ansicht Kleins ist für Russland wegen der hohen Kosten weder eine Annexion der Südost-Ukraine noch eine Art Protektorat attraktiv. Eine Konföderalisierung der Ukraine wäre aus russischer Sicht die beste Lösung, weil man so über die Regionen im Südosten Einfluss auf die Politik des ganzen Landes ausüben könnte.

Franz-Lothar Altmann (Bukarest/München) erläuterte die komplizierte Lage auf dem westlichen

Balkan, wo in jedem Land Minderheiten aus den jeweils anderen Nationen leben, die mit dem Anschluss an das gewünschte Mutterland liebäugeln. Revisionen der Landkarte, Tauschgeschäfte oder erneute Auseinandersetzungen sind nicht ausgeschlossen.

Was die Türkei anbelangt, bahnte sich eine Lösung der kurdischen Frage in aller Langsamkeit an, so Ludwig Schulz vom Münchner Centrum für angewandte Politikforschung (CAP). Mittlerweile dominieren kurdische Parteien die Politik in der Osttürkei und haben so Einfluss auf die weitere Präsidentschaft Erdoğan's sowie auf die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU. Dass die Kurden im Vierländereck Türkei-Irak-Iran-Syrien keine sprachliche, kulturelle, religiöse und politische Einheit bilden – und sich nur über die Rolle des weltweit größten Volkes ohne eigenen Staat definieren – mache die Verhandlungen über eine einvernehmliche Lösung aller Streitpunkte aber nicht gerade einfacher. ■

*Sebastian Haas / Dan Prume /
Andreas Kalina*

Integrationskulturen in der Migrationsgesellschaft

Integration ist kein absoluter Begriff, sondern stets kulturell und historisch geprägt. Wer dazugehört, wer dazugehören soll, wie Zugehörigkeit entsteht – das wird immer wieder neu ausgehandelt. Bei der Tagung „Integrationskulturen. Zugehörigkeitsdebatten in der Migrationsgesellschaft“ stellten Experten die aktuelle Integrationsdebatte in einen größeren Kontext: mit dem Blick auf andere Länder, andere Zeiten und andere Integrationskulturen.

Wenn es einen Prototypen des deutsch-türkischen Journalisten gibt, dann ihn: Murad Bayraktar arbeitet seit fast 20 Jahren beim Westdeutschen Rundfunk und für türkische Medien. Er ist im Verein „Neue deutsche Medienmacher“ aktiv – und musste sich dennoch vor kurzem nach den Kommunalwahlen in der

die aber vom Kernproblem ablenkten: „Wir haben ein Bildungs-, ein Rassistimus- und ein Arbeitsmarktproblem, aber keines mit Migranten.“ Er hofft auf mehr Anerkennung und Sympathie für fremde Kulturen – und mehr Chancengleichheit für *alle* Bewohner des Landes, gerade in den Bereichen Bildung und Medien.

Zu einer Tagung zu Integrationskulturen im Vergleich gehört auch der Blick über die zeitlichen und räumlichen Grenzen.

Von „Ruhrpolen“ und Spätaussiedlern

So beschrieb Rainer Geissler (Universität Siegen) Kanada als ein modernes Einwanderungsland, dessen Staatsideologie seit mehr als 40 Jahren auf Multikulturalismus beruhe. Das Hauptprinzip dabei lautet „Einheit in Verschiedenheit“, was wiederum die Frage aufwirft: Wo verläuft die Grenze zwischen dem Recht auf den Erhalt eigener Traditionen und der vereinheitlichenden Klammer, die ein Staatswesen benötigt? Diese Fra-



Murad Bayraktar: „Wir haben kein Problem mit Migranten“

Türkei Fragen anhören wie „Gehörst Du zu uns oder zu denen?“ (von türkischer Seite) oder „Was habt Ihr denn da wieder gewählt?“ (von deutschen Kollegen). Die Diskussion über die Zugehörigkeit in die deutsche Gesellschaft dreht sich seit Jahrzehnten vor allem um die Kinder und Enkel ehemaliger Gastarbeiter. Worum ging es da nicht alles: Kopftücher, Minarette, Ehrenmorde, Parallelgesellschaften, Bildungsmisere, Einbürgerungstests, Islamkonferenz, Sarrazin oder „Kinder statt Inder“. Themen mit diskussionswürdigem Kern, meint Bayraktar,



*Arbeitsmigration vor 50 Jahren: Eine Schulung italienischer Gastarbeiter, die im Bergbau eingesetzt werden sollen (Duisburg, 1962)
Foto: Bundesarchiv B 145 Bild-F013070-0005*



ge könnte man sich hierzulande bereits seit fast 150 Jahren stellen: Damals waren es die „Ruhrpolen“, die aus dem Osten des Deutschen Reichs in die Industriezentren des Westens einwanderten. In den 1960er-Jahren kamen die „Gastarbeiter“, parallel dazu die Spätaussiedler und heute die EU-Krisenmigranten aus Spanien, Portugal oder Griechenland. Diese Integrationskulturen im Zeitverlauf stellte Rainer Ohliger vom „Netzwerk Migration in Europa“ vor.

Deutsche Auswanderer in Australien rückte David Johannes Berchem von der Ruhr-Universität Bochum in den Mittelpunkt. In der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg kamen, unterstützt durch bilaterale Abkommen, vor allem diejenigen ins „zukunfts-fähige Australien“, die in der deutschen Zusammenbruchsgesellschaft keine Perspektive sahen. In Australien sollten sie sich an den dortigen „Way of life“ anpassen, hatten aber an abgelegenen Arbeitsplätzen kaum Kontakt zur australischen Bevölkerung und lebten in ihrer eigenen deutschsprachigen Welt. Auch für die transnationalen Migranten der Gegenwart ist die Pflege der deutschen Lebensweise zentral – diese findet aber innerhalb eines Lebens im Dazwischen der Kulturen statt. „Aus einer Sehnsucht nach dem Heimatland ist ein Heimat-Verlangen geworden“, meinte Berchem.

Emigration literarisch verarbeitet

Dieses Gefühl kennt Akos Doma gut. Der in Ungarn geborene Schriftsteller und Übersetzer emigrierte 1971 mit seiner Familie nach England. Es war eine Odyssee, die zwischenzeitlich in ein Flüchtlingslager in Neapel führte. Nun lebt er schon so lange in Deutschland, dass er sich im Online-Lexikon Wikipedia nicht mehr als ungarischer, sondern als deutscher Schriftsteller bezeichnen lässt. Sein Debütroman „Der Müßiggänger“ erschien 2001, für seinen 2011 erschienenen Roman „Die allgemeine Tauglichkeit“ erhielt Doma den Adelbert-von-Chamisso-Förderpreis. In diesem, wie er selbst sagt,

„schwer politisch unkorrekten Buch“ geht es um vier Langzeitarbeitslose, die sich der inneren Emigration am Rande der Gesellschaft und einer be-



Akos Doma: Texte über das Heimat- und Zeitgefühl der Menschen

Fotos: Haas

liebig austauschbaren Stadt irgendwo in Süddeutschland hingeben – Parallelen zu seinem Wohnort Eichstätt sind natürlich rein zufällig. Dann aber tritt der prototypische Deutsche Albert in das Leben der vier Taugenichtse und Alltagsphilosophen, und krempelt mit gewohnter ökonomischer Gründlichkeit deren Leben um.

Bei der Lesung im Auditorium der Akademie entspann sich zwischen dem Schriftsteller und den Tagungsgästen ein Gespräch über dieses literarische (Selbst-)Zeugnis, über Lebenslinien und Lebenslügen sowie das Heimat- und Zeitgefühl der Menschen – ganz egal ob heimisch in der Fremde, fremd in der Heimat oder zuhause in sich selbst. ■

Sebastian Haas / Andreas Kalina

25 Jahre GEDOK-Ausstellungen

Mittlerweile ist es ein Vierteljahrhundert Tradition: Bereits zum 25. Mal präsentiert die Künstlerinnen-Vereinigung GEDOK ihre Werke (Malerei, Zeichnung, Fotografie) in den Räumen der Akademie. Wieder sind es 20 Positionen, die die Künstlerinnen eigenwillig und gelegentlich unkonventionell beziehen. Die Werke regen an zum Nachdenken,

zum Diskutieren, zum Interpretieren, vielleicht auch mal zum Streit, was denn nun eigentlich Kunst sei. Insofern passen die Bilder wunderbar ins Umfeld der Politischen Bildung, wie wir sie verstehen. Die Positionen bleiben noch bis zum Juni 2015 fester Bestandteil des Wand-schmucks unseres Hauses.



Einige der ausstellenden Künstlerinnen versammeln sich um Kuratorin Ursula Pruseit (links) und Direktorin Ursula Münch (hinten daneben)

Foto: Haas

Aufstieg und Niedergang von Nationen

Nationen steigen auf und fallen wieder zurück. Sind es Ressourcen, Klima, Demographie, technologische Führungskraft oder Institutionen, die hierfür den Ausschlag geben? Unsere Tagung in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing behandelte globale Machtverschiebungen in ihren verschiedenen historischen, ökonomischen und geostrategischen Dimensionen. Zudem wurde die Frage behandelt, welche Konsequenzen aus aktuellen Krisen in und um Europa, Amerika und China gezogen werden müssen.

Harold James, Wirtschaftshistoriker der Universität Princeton, analysierte die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher, militärischer und national-politischer Stärke im Laufe der Jahrhunderte. James betonte, dass die friedliche Konkurrenz von Nationen eine eher neuartige Erscheinung sei. Zuvor habe der Wettbewerb vorrangig auf dem Schlachtfeld stattgefunden. Dabei entschieden die ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten über die militärische Macht. Geld war nötig, um Kriege zu finanzieren und für den Staat das Geld einzutreiben.

Institutionen entscheidend

James zog einen Bogen, der von Alexander Hamiltons Einführung gemeinschaftlicher Schulden in den USA des späten 18. Jahrhunderts über die Bedeutung des Eisenbahnbaus für die Entwicklung eines deutschen Nationalbewusstseins in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis hin zur Rolle Chinas als Wirtschaftsmotor im Hier und Jetzt reichte. Er machte dabei deutlich: Der Aufstieg des Einen muss nicht den Abstieg eines Anderen zur Folge – oder als Grund – haben. In allen Fällen aber war die erfolgreiche Implementierung von Institutionen entscheidend. Dabei ging es nicht nur darum, schon bestehende Modelle zu kopieren, sondern sie an die eigenen Gegebenheiten anzupassen und weiterzuentwickeln.

Seit 200 Jahren Wachstum

Ähnlich argumentierte Jürgen Jerger (Regensburg), der neben wirtschaftstheoretischen Interpretationen auch empirische Befunde zum Aufstieg und Niedergang von Nationen anführte. Der Blick auf die Zahlen zeigt: Seit 200



Harold James: „Friedliche Konkurrenz von Nationen eine eher neuartige Erscheinung“
Fotos: Haas

Jahren steigt die weltweite Wirtschaftskraft exorbitant, und vom Wachstum des Einen profitieren auch die Anderen. Doch ein Aufstieg kann auch reiner Zufall sein. Dass gerade Katar mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von über 90.000 US-Dollar das reichste Land der Welt ist, hat weniger mit langfristigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu tun oder den exakt

durchschauten Zusammenhängen von Arbeit, Kapital und Effizienz – sondern mit den Ölvorkommen, die es eben dort gibt und nicht im Sudan.

Rohstoffreichtum kann jedoch auch zu einer Falle werden, denn die hohen Einnahmen aus solchen Sektoren ließen die Löhne steigen, so dass andere Branchen nicht mehr konkurrieren können. Die Wirtschaftsstruktur verschiebt sich dann einseitig auf Rohstoffe. Tritt ein „externer Schock“ auf, wie ein Verfall von Rohstoffpreisen, dann gerät ein solches Land in eine



Jürgen Jerger: „Innovationspotenzial kann das Ende fossiler Energieträger ausgleichen“

tiefe Krise. Dieses Phänomen bezeichnet man als „Dutch Disease“, angelehnt an die Krise der Niederlande in den 1960er Jahren. Nachhaltiger sei eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur.

An ein Ende des globalen Wirtschaftswachstums glaubt Jerger übrigens nicht: Das Innovationspotenzial der Menschheit sei immens und werde auch das Ende fossiler Energieträger ausgleichen. Es sei entscheidend für den Erfolg von Nationen. Dies gelte nicht allein im technischen Sinne, sondern auch für die Fähigkeit „inklusive Institutionen“ zu schaffen, d.h. möglichst breite Bevölkerungsschichten an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen zu beteiligen.



Wie große Krisen das Werden des heutigen Europas beschleunigt haben, erklärte Daniel Göler von der Universität Passau. Er bezeichnete die EU als „Konkursmasse aus dem Untergang europäischer Nationalstaaten nach den beiden Weltkriegen“. Der Gedanke, dass Europa nur gemeinsam politisch, wirtschaftlich und kulturell überleben kann, entstand bereits vor dem Zweiten Weltkrieg bei den Gründervätern der paneuropäischen Union und Politikern wie Aristide Briand oder Gustav Stresemann. Mitten in den Kriegswirren arbeitete Jean Monnet im August 1943 ein Memorandum zur Organisation eines friedlichen, weil wirtschaftlich eng verflochtenen Europas aus.

Der Rest der Geschichte ist bekannt: Schuman-Plan, Montanunion, EWG, EG, EU – und deren Erweiterung als Antwort auf die Transformationsprozesse in Südeuropa ab 1970 und Osteuropa ab 1990. Dazu kommt die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – als Antwort auf die Balkankriege; die Zusammenarbeit im Inneren und der Justiz – als Antwort auf Terror und grenzüberschreitende Kriminalität; und vielleicht eine gemeinsame europäische Energiepolitik – als Antwort auf die Ereignisse in der Ukraine. So lautet Gölers Fazit: „Krisen haben Europa im Ergebnis immer näher zusammengebracht.“

Differenzierte Sicht

Den Versuch, Aufstieg und Niedergang von Nationen mit dem Strukturwandel hin zu Dienstleistungswirtschaften zu erklären, unternahm Michael Grömling vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Während man ab den 1990er Jahren von einem Rückgang des Industriesektors sprach und die Zukunft in der Dienstleistungsgesellschaft sah, wird insbesondere nach der Finanzkrise die Situation differenzierter gesehen. Deutschland habe entgegen des allgemeinen Trends seinen Industrieanteil an der Wertschöpfung gehalten und stehe heute



deutlich besser da als die Nationen mit einem hohen Dienstleistungssektor. Dennoch warnte er vor einseitigen Empfehlungen. Jedes Land müsse seine komparativen Vorteile finden, egal in welcher Branche sie lägen.

Gesunder Verbund

Er konstatierte, dass es im langfristigen Trend zwischen der Art des Strukturwandels und dem Einkommensniveau keinen entscheidenden Zusammenhang gibt. Länder mit einer hohen Dienstleistungsquote – wie die USA, Großbritannien und vor allem Luxemburg – seien nicht per se wohlhabender als industriell geprägte Nationen. So ist es wohl der gesunde Verbund aus Dienstleistung und Industrie, der für eine stabile Wirtschaftsleistung sorgt.



Michael Grömling: „Reichtum kommt nicht nur aus Dienstleistungen“

Abstieg Amerikas?

Ob sich die USA nach der Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem absteigenden Ast oder nur in einem Zwischentief befinden, thematisierte Andreas Falke von der Universität Erlangen-Nürnberg) Die Zahlen belegen, dass die Wirtschaftsleistung der Vereinigten Staaten immer weiter steigt. Sie entwickeln sich im Verbund mit Kanada und Mexiko zu einem Energieriesen. Aber man kann auch feststellen: Das Haushaltsdefizit ist riesig, es gibt viele Kreditausfälle, die soziale Ungleichheit wächst ebenso stark wie die Kosten



Daniel Göler: „Krisen haben Europa immer näher zusammengebracht“

für das Sozialsystem – bei einer gleichzeitigen relativen Senkung der Ausgaben für Infrastruktur, Militär, Bildung und Forschung. „Ein enormes Risiko, auch geostrategisch“, meint Falke, zumal je 20 Prozent der US-amerikanischen Staatsschulden in China und Japan zu begleichen sind.



Markus Taube: China erfolgreich in die internationale Arbeitsteilung integriert

Chinas Aufstieg

Für uns mag der rasante Aufstieg Chinas verwunderlich sein, für die 1,3 Milliarden Bewohner des Landes ist es die Rückkehr zur Normalität. Wie Markus Taube von der Universität Duisburg-Essen erklärte, war China bis ins 18. Jahrhundert gemeinsam mit Indien für die Hälfte des weltweiten Wirtschaftsaufkommens verantwortlich. Dann entwickelte sich die westliche

Hemisphäre und mit ihr kamen Kolonisationskriege, Bürgerkriege, dynastische Kriege, Weltkriege und zuletzt die kommunistische Herrschaft, zu deren Beginn die Wirtschaftsleistung Chinas auf das Niveau der vorchristlichen Zeit sank.

China kann in den letzten zwei Jahrzehnten als ein exemplarisches Beispiel dafür dienen, wie es erfolgreich gelingt, westliche Technologie zu kopieren und gewinnbringend an die lokalen Gegebenheiten anzupassen. Dabei hat sich das Land erfolgreich in die internationale Arbeitsteilung integriert. Taube machte aber auch deutlich, dass dieser Weg jetzt an seine Grenze gekommen und ein weiterer Aufstieg des Landes nur möglich sei, wenn es in einem Bereich die technologische Führung übernehmen könne. Ob dies gelingt und wenn ja in welchem Segment, sei völlig offen. China gibt jedenfalls enorme Summen für Forschung und Entwicklung aus.

Kleine Konflikte – große Folgen

Vor dem Hintergrund der aktuellen Machtausdehnung wirkt der Streit zwischen China und Japan um die unbewohnte Inselgruppe Senkaku/Diaoyu geradezu lächerlich. Reinhard Dripte (Newcastle/London) beschrieb diese und weitere Streitigkeiten im Ostchinesischen Meer als solche um Wirtschaftszonen, Bohrinseln, Fischereirechte, Erdöl und Erdgas. Der Ausgang ist offen. Aber letztlich ginge es nicht nur um handfeste Wirtschaftsinteressen, sondern auch um Prestige und das jeweilige Selbstverständnis als regionale Macht. Da wiederum andere Großmächte (u.a. die USA) involviert seien, berge der Konflikt um diese kleinen Inseln das Potential eines größeren Konfliktes. ■

Sebastian Haas / Wolfgang Quaisser

Radio neu denken

Kreatives Potential bei der Zukunftswerkstatt Nachrichten

Mehr Mut zu neuen Formen und Formaten, eine engere und direktere Höreransprache auch mit Hilfe des Internets und der sozialen Medien als Rückkanal und Dialogforum, dazu mehr „Gesprächigkeit“ in der Sendung. Das waren nur einige der Ergebnisse der Zukunftswerkstatt Radionachrichten, die die Akademie zusammen mit dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) Sachsen-Anhalt und der ARD.ZDF Medienakademie veranstaltete. 20 leitende Nachrichtenredakteure von privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern aus ganz Deutschland trafen sich in Magdeburg zum kreativen Nachdenken über die Zukunft der Nachrichten im Hörfunk.

Dietz Schwiesau, Wortchef beim MDR, forderte eine stärkere Vernetzung des Radios mit dem Internet. Die Redakteure müssten stärker mit dem Publikum in einen Dialog treten. Soziale Medien wie Twitter und Facebook ermöglichen, dass auch das Publikum zur Quelle für Nachrichten werden kann. Er will, dass Nachrichten variabler aufgebaut werden: „Der Lead-Satz ist kein Heiligtum“, sagte Schwiesau. „Wir müssen die alte Nachrichtenpyramide – das Wichtigste zuerst – auch mal in Frage stellen.“ Die Hörgewohnheiten hätten sich in 90 Jahren Radiogeschichte verändert. Nachrichtenmacher sollten dies zur Kenntnis nehmen. Sie müssten fürs Sprechen schreiben und fürs Hören sprechen. Eine anschauliche und verständliche Sprache sei oberstes Gebot.

Verstehen erleichtern

Ines Bose, Sprachwissenschaftlerin an der Universität Halle-Wittenberg, konnte mit ihrem Team empirisch nachweisen, dass einfach geschriebene und sinnvermittelnd gesprochene Radionachrichten besser behalten und verstanden werden: „Wie Nachrichten geschrieben werden, ist deut-

lich wichtiger, als wie sie gesprochen werden“, sagte sie an die Adresse der versammelten Nachrichtenmacher.



Ein Blick in die Nachrichtenwerkstatt

Foto: Schröder

Norbert Linke, Trainer an der privaten FFH Akademie wandte sich gegen die „Legende von der Entwertung“ bei den Privatsendern. Er entdeckt immer wieder Neues bei Form, Inhalt und der „Verkaufe“ durch eine direkte Höreransprache („Wir, Ihr, Sie“). Er legte ein klares Bekenntnis zu lokalen und sub-lokalen Themen ab. Als Beispiel dienen ihm die „Bayern-Reporter“ von „Antenne Bayern“. Berichte aus dem Allgäu, Oberbayern und Unterfranken werden in ganz Bayern ausgestrahlt und nicht auseinandergeschaltet. Dazu kommt eine starke regionale Klangfärbung der Reporterstimmen.

Ein neues Radio, das online-tauglich ist, macht Markus Engert. Er betreibt in Leipzig ein privates Internetradio (detektorfm).

Radio ohne Stundenuhr

Bei den 14 – 29-Jährigen hat die Radionutzung per Internet zwischen 2007 und 2010 um 153 Prozent zugenommen. Engert ist überzeugt, dass die Zukunft des Radios im Internet liegt. Voraussetzung: Es muss einfach bedienbar sein. Und mobil verfügbar. Die gute alte Stundenuhr, bei der Nachrichten immer zur vollen Stunde gesendet werden, hat dann ausgedient.

Kern des Magdeburger Seminars war eine Nachrichtenwerkstatt, in der in drei Arbeitsgruppen im Funkhaus des MDR je eine Nachrichtensendung produziert wurde. Die aktuelle Themenpalette reichte von der Rentenreform bis zum Public Viewing bei der Fußballweltmeisterschaft.

Eine große Bandbreite von Formen wurde ausprobiert: Von der reinen Wortnachricht („Die Welt in 60 Sekunden“)

bis zum Live-Gespräch mit Korrespondenten war alles dabei. Verweise zur Vertiefung der Themen und Service im Internet ergänzten das Gehörte.

Wer sich selbst von der Kreativität und der Ideenvielfalt überzeugen will, findet hier alles zum Nachhören und Nachlesen:

<http://www.radio-machen.de/2014/05/26/zukunftswerkstatt-radionachrichten-macht-doch-was-ihr-wollt/> ■

Michael Schröder

Soziale Medien verändern die politische Kommunikation

Die private und politische Kommunikation hat sich in den letzten Jahren revolutionär verändert und wird sich weiter verändern. Dafür sorgen die neuen Möglichkeiten des Web 2.0. Mit den Chancen und Problemen der neuen sozialen Medien und Netzwerke für politische Beteiligung beschäftigte sich eine Lehrerfortbildung.

Rainer Glaab ist zuständig für die Wahlkampagnen der BayernSPD. Er sieht soziale Medien wie Facebook und Twitter als ideales Mobilisierungsinstrument für die eigenen Anhänger und Sympathisanten. Allerdings sei wegen der beschränkten Finanzmittel für die Partei – die SPD hat im bayerischen Landtagswahlkampf 2013 2,5 Millionen Euro ausgegeben – lediglich eine Stelle in der Partei-

nicht mehr für Politik interessieren könne. Je mehr Teilungen einer Nachricht es bei Facebook gebe, um so größer werde die Reichweite. Die Partei setze weiter auf das erfolgreiche Mittel der Hausbesuche durch Kandidaten: „Damit haben wir im Kommunalwahlkampf sehr gute Ergebnisse erzielt.“ Es gehe nicht darum, Sympathisanten anderer Parteien zu überzeugen, sondern die eigenen Anhänger zu



Journalismus und politische Kommunikation sind schneller und mobiler geworden: hier bei der Münchner Sicherheitskonferenz

Foto: Kai Mörk/ wikimedia commons

zentrale für die online-Aktivitäten finanzierbar. Twitter werde für die politische Kommunikation überschätzt, auch wenn zahlreiche Journalisten, Medien und Meinungsbildner dabei seien, sagte Glaab. Die breite Masse erreiche man damit aber nicht: „Mit Twitter gewinnt man keinen Wahlkampf.“ Dagegen werde Facebook unterschätzt. Hier seien viele junge Leute versammelt, die man anders gar

mobilisieren und so die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Gerade bei Kommunalwahlen sei der persönliche Kontakt wichtiger als ein Auftritt bei Facebook. Relativ wenig Resonanz habe die Partei mit der Möglichkeit erzielt, sich per Internet an der Diskussion am Wahlprogramm zu beteiligen. „Da ging es nur um das Thema der Privatisierung von Trinkwasser.“ Die tagesaktuelle Themensetzung funktioniere immer

noch am besten über die klassischen, meinungsbildenden Medien wie dem Morgenmagazin bei ARD und ZDF oder mit einem Interview beim Deutschlandfunk oder Bayern2.

Für die Pressereferentin des BUND Naturschutz in Bayern, Luise Frank, sind die sozialen Medien im Internet wichtig für den Lobbyismus: „So können wir für den Verband und unsere Interessen ein permanentes Grundrauschen erzeugen.“ Für die Umweltschützer ist Facebook das wichtigste online-Medium – nach innen zur Information der Mitglieder und nach außen für die interessierte Öffentlichkeit. 3500 „Follower“ hat der BUND derzeit in Bayern, 53 000 auf Bundesebene. Facebook eignet sich für die Verbreitung von Terminen, Aktionen, Umfragen, Filmen und Fotos. Es ist schnell, einfach und vor allem billig. „Eine Massenmobilisierung ist heute ohne Facebook undenkbar“, sagt Frank. Aber auch für Mitgliederwerbung und das Sammeln von Spenden sei Facebook sehr gut geeignet. Twitter werde noch zu wenig bedient. Sie würde gerne mehr damit machen, um Journalisten und Meinungsführer zu erreichen, aber auch hier fehlen die finanziellen Voraussetzungen für eine Intensivierung und personelle Aufstockung.

Helmut Rücker ist Lokalchef beim Vilshofener Anzeiger / Passauer Neue Presse und machte mit vielen Beispielen deutlich, wie sehr das Internet und die sozialen Medien den Journalismus im Lokalen verändern: „Heute werden auch lokale Nachrichten oft über Facebook gepostet.“ Die sozialen Medien dürfen als Quelle nicht unterschätzt werden, sagte Rücker. Natürlich brauche es auch hier die Überprüfung auf den Wahrheitsgehalt und den Gegencheck. Journalismus sei durch das Internet schneller geworden: „Online gibt es keinen Redaktionsschluss mehr.“ Und der früher nur schreibende Journalist sei längst zum Multi-Media-Reporter geworden, der neben Text auch Fotos und Videos liefert und gleichzeitig die Online-Seiten und die sozialen Medien seiner Redaktion bedient. ■

Michael Schröder

Die „Zeitfresser“ sinnvoll einsetzen

Moderne Medienpädagogik und politische Bildung können Möglichkeiten digitaler Medien nutzen

Das Internet gehört inzwischen fest zur Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. 100 Prozent der Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren sind im Netz. Aber auch für die Älteren ist das Internet mit seinen vielfältigen Möglichkeiten der Mediennutzung zum täglichen und unentbehrlichen Begleiter geworden: Über 80 Prozent der über 50-Jährigen sind mittlerweile online.

Die digitalen Medien und ihre tägliche Anwendung führen zu einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Das Internet hat Politik, Medien und Gesellschaft revolutioniert. Unsere Tagung in Bayreuth* untersuchte zusammen mit Wissenschaftlern und Medienpädagogen die Möglichkeiten und Grenzen der digitalen Kommunikation.

„Kein Teufelszeug“

Für den Münsteraner Medienpädagogen Bernward Hoffmann sind digitale Medien „kein Teufelszeug“. Sie sind zunächst mal ein „neutrales technisches Werkzeug“. Sie sind nur Ergänzung, nicht Ersatz für die alten Medien und schon gar nicht für die direkte, persönliche Kommunikation. Die neuen kommunikativen Möglichkeiten der Social Media haben aber ihre Schattenseiten: „Es gibt zunehmend ‚Verpassensängste‘, Angst, etwas zu verpassen, wenn man nicht permanent online erreichbar ist.“ Nach Meinung des Wissenschaftlers braucht es eine große „Ich-Stärke“, um nicht immer und überall im Netz dabei zu sein.

Hoffmann spricht sich für eine Förderung der Medienkompetenz aus, um Verhaltensweisen im Netz („Netiquette“) einzuüben und eine souveräne Entscheidung über Zeitverwendung

im Netz zu treffen. Dann verringert sich auch die Gefahr, dass das Internet und die sozialen Medien als „Zeitfresser“ wahrgenommen werden. Denn: „Es ist nicht zu wenig Zeit, die wir haben, sondern es ist zu viel Zeit, die wir nicht nutzen.“ Die Grundtugenden des realen Lebens müssten auch im Netz gel-



Bernward Hoffmann: „Die Grundtugenden des realen Lebens müssten auch im Netz gelten“

ten, sagte Hoffmann. Er beobachtet bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen grundlegenden Wandel der Einstellung zu Privatheit und Datenschutz. Deswegen müssten Jugendliche lernen, sich richtig im Netz zu bewegen und zu zeigen.

Niels Brüggem vom Münchner JFF (Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis) wies auf die neuen Möglichkeiten der politischen Beteili-

gung durch soziale Medien hin. So habe z. B. die Online-Petition beim Deutschen Bundestag zur Netzneutralität vom April 2013 bereits nach drei Tagen das nötige Quorum von 50.000 Unterschriften erzielt. Brüggem weiß auch aus der empirischen Forschung seines Instituts, dass Jugendliche im Netz nicht nur konsumieren, sondern sich auch aktiv einbringen wollen. Neue Geräte erlauben mehr und mehr auch eine mobile und zeitunabhängige Mediennutzung. Inzwi-



Niels Brüggem: „Soziale Medien sind Hilfsmittel beim Streben nach Anerkennung“

schen werden auch Hobbies über soziale Netzwerke vermittelt und geteilt. Es gibt Tipps, man erfährt Neues z.B. über Fotografie.

Nicht nur Konsum

Für Brüggem sind die sozialen Medien Hilfsmittel beim Streben nach Autonomie, sozialer Einbettung und Anerkennung. Die Selbstdarstellung im Netz fülle häufig das im realen Leben vorhandene „Anerkennungsvakuum“. Jugendliche suchen sich Vorbilder im Netz und eifern ihnen nach. Diese hohen Ansprüche könnten allerdings

* in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Medienkompetenz



häufig nicht eingelöst werden. Es gebe zwar ein Schutzbedürfnis der eigenen Daten, doch „Jugendliche erleben das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als aufgehoben“, sagte Brüngen.

Praktische Medienarbeit

Seit über zehn Jahren ist Danilo Dietsch selbst Radiomacher und seit 2011 Geschäftsführer von Q3 (Quartier für Medien.Bildung.Abenteuer) am Chiemsee. Er ist ausgebildeter Medi-



Danilo Dietsch: „Jugendliche werden zum Sender“

Fotos: Haas / Prume

enpädagoge und Schulradiocoach der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM). Er führt zahlreiche medienpädagogische Projekte in Thüringen und Bayern durch. Für ihn ist klar: „Jugendliche werden zum Sender.“ Das Internet und neue mobile Geräte, die Notizblock, Mikrofon, Fotoapparat und Filmkamera in sich vereinen und fast alles können, machen es möglich. So würden Wissen und die politische Kommunikation demokratisiert.

BarCamps eignen sich gut für solche Programme. Das sind neue Formate und Veranstaltungsformen der Moderation von Großgruppen. Dabei übernehmen die Teilnehmenden ein hohes Maß an Verantwortung und Führung. Von ihnen kommen zu Beginn Vorschläge für die Inhalte. Nach der Mehrheitsentscheidung, welche Themen behandelt werden, sind sie auch

für die Durchführung und Dokumentation der Veranstaltung verantwortlich. Dabei können sich reale Treffen mit Elementen der online-Kommunikation abwechseln.

Für die Durchführung solcher Programme eignen sich offene und im Netz frei verfügbare Tools wie z. B. die sozialen Netzwerke Twitter und Facebook. Wer sich nicht registrieren lassen möchte und aus nachvollziehbaren Datenschutzgründen die eben Genannten meidet, dem seien GoogleDocs und Etherpad empfohlen. Camper und Mixxt erleichtern die Organisation solcher Prozesse. Und die Videoplattform Youtube eignet sich als Ausspielkanal für multimediale Ergebnisse und zur Dokumentation von Barcamps.

Open Data

Dietsch beschrieb die Erfolgsfaktoren medienpädagogischer Arbeit im digitalen Zeitalter: Es müsse tatsächlich etwas zu entscheiden geben. Der Bezug zur Lebenswelt der Teilnehmenden müsse gegeben sein. Wichtig sei-



Linktipps:

<http://www.epetitionen.bundestag.de>
<http://www.openpetition.de>
<http://www.jff.de>
<http://www.qdrei.info/>

en offen und lizenzfrei verfügbare Programme, Tools und Daten. Die Problem- und Fragestellung muss eindeutig sein. Alle Informationen zum Thema müssen barrierefrei und verständlich für alle Teilnehmenden zugänglich sein. Dabei sei auf eine einfache Sprache ohne Fremdwörter und Fachausdrücke zu achten. Die angewendeten Verfahren der Entscheidungsfindung müssen transparent sein. Wichtig sei eine abschließende Dokumentation. Wenn das alles erfüllt sei, mache es auch Spaß, sich zu beteiligen.

■ *Michael Schröder*

(siehe Presseschau S. 36)



*BarCamps sind neue Formate der politischen Bildung unter Einbeziehung digitaler Medien: Teilnehmer eines BarCamps in Orlando, Florida
 Foto: Josh Hallett / wikimedia commons*

Chinas Probleme beim Sprung nach vorn

Experten zeichnen differenziertes Bild der asiatischen Großmacht

Die Volksrepublik China ist im Windschatten der Ukraine-Krise ein wenig in den Hintergrund der aktuellen Themen der internationalen Politik geraten. Trotzdem verdient dieses riesige Land auf dem Weg zur Weltmacht unsere ungeteilte Aufmerksamkeit. China hat mit 1,34 Milliarden (22 Prozent der Weltbevölkerung) mehr Einwohner als Nordamerika, Europa und Russland zusammen. China ist nach seiner Wirtschaftsleistung die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und Exportweltmeister.

Akademiedozentin Saskia Hieber gab einen ersten Überblick über die Problem- und Konfliktfelder des heutigen China. Das Spektrum reichte von den massiven Umweltproblemen durch Kohleverbrennung über das zurückgehende Wirtschaftswachstum bis hin zu Korruption und der immer größer werdenden Kluft zwischen Armen, Reichen und Superreichen.

Sven B. Gareis vom Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen betonte den hohen Stellenwert Chinas inner-

halb der deutschen Außenpolitik. Er sagte aber auch, dass China noch kein normaler Partner sei – unter anderem wegen der Menschenrechtsprobleme. Deutsche Außenpolitik bewege sich immer im Dilemma zwischen wirtschaftlichen Interessen und wertegeleiteten Positionen bezüglich Rechtsstaat und Grundrechte. Es gebe rund 5000 deutsche Unternehmen, die in China tätig sind. Das Handelsvolumen betrage 140 Mrd. Euro, auch wenn die Bilanz nicht ausgeglichen sei. 23 000 chinesische Studenten leben in

Deutschland. Sie stellen damit die größte Gruppe ausländischer Studierender. Wegen der Einbindung in internationale Bündnisse wie NATO, EU und UN könne Deutschland keine ganz eigenständige Politik betreiben.

Wichtiger Partner

Gareis' Fazit: „China ist ein Partner, der die Welt verändert, aber die Welt verändert auch China.“ Man müsse



Sven B. Gareis: „China ist noch kein normaler Partner“



Armenviertel in Peking

Foto: AWFG_Berlin/pixabay

sich mit gegenseitigem Respekt behandeln, nicht aus einer Position der Überlegenheit heraus. „China ist ein wichtiger und zugleich schwieriger, aber auch unersetzlicher Partner.“ Sorgen vor einer Übermacht Chinas hält Gareis für unbegründet: „Die Chancen sind größer als die Risiken.“

Bekämpfung der Armut

Ein differenziertes Bild seines Landes zeichnete der Generalkonsul der Volksrepublik China in München, Zhu Wanjin. Einerseits verwies er auf die großen Erfolge bei der Armutsbekämpfung. Inzwischen gebe es in vielen Regionen einen bescheidenen Wohlstand. „250 Millionen Menschen haben die Armut hinter sich gelassen“,



sagte Zhu. Aber immer noch leben 150 Millionen unter der Armutsgrenze. In den letzten 35 Jahren sei die Wirtschaft im Durchschnitt um knapp zehn Prozent gewachsen. Chinesische Touristen würden inzwischen weltweit 100 Milliarden US-Dollar im Ausland ausgeben.

Auf der anderen Seite sei China immer noch ein Entwicklungsland. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt pro Kopf und Jahr nur 6000 US-Dollar (Deutschland 44 000) und China liegt damit auf Rang 86 in der Welt.

Umweltverschmutzung

Selbstkritisch sagte der Generalkonsul: „Unserer Entwicklung fehlt es an Ausgewogenheit, Koordination und Nachhaltigkeit. Die Industrie ist groß, aber nicht vital. Es mangelt an Innovationskraft.“ Öl und Gas sowie wichtige Bodenschätze müssten importiert werden. Der Energieverbrauch befrage das Vierfache des europäischen



Der chinesische Generalkonsul Zhu: „Mehr Qualität statt Tempo für unsere Wirtschaft“

Fotos: Schröder

Werts und das Siebenfache des japanischen. Ein großes Problem sei die Umweltverschmutzung: Weite Teile des Landes seien immer wieder in Smog gehüllt. In der Bevölkerung herrsche großer Unmut und die Regierung werde dafür scharf kritisiert.

Die Kluft zwischen Stadt und Land sei nach wie vor groß. Die Menschen in



Moderne Metropole mit Smog-Problem: Shanghai

Foto: deviantart/0066

den ländlichen Regionen verdienen nur ein Drittel im Vergleich zu den Städten. Teile Westchinas könne man mit Afrika vergleichen.

Korruptionsbekämpfung

Mit einem neuen Fünf-Jahres-Plan will die chinesische Staats- und Parteiführung die zahlreichen Probleme angehen. Korruptionsbekämpfung steht ganz oben auf der Agenda. Dazu kommt eine weitere Öffnung der Wirtschaft für die Welt und eine Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts und der Pro-Kopf-Einkommen. Gleichzeitig soll das Wirtschaftswachstum gezielt von jetzt 7,7 Prozent auf 7 zurückgefahren werden. „Mehr Qualität statt Tempo für unsere Wirtschaft“, sagte der chinesische Generalkonsul. Bei all dem Reformwillen und beschriebenen Öffnungstendenzen bleibt aber „die Stärkung eines sozialistisch-demokratischen Systems“ (Zhu) unbestritten.

Was das konkret heißen kann, beschrieb der Erlanger Sinologe Michael Lackner. Er stellte real existierende, für chinesische Verhältnisse sehr alternative Lebensentwürfe vor: einen Architekten, eine transsexuelle Tänzerin und einen Blogger. „Sie

leben trotz ihrer Unangepasstheit in Freiheit“, sagte Lackner. „Es gibt diese neuen Freiheiten, auch für Provokationen. All das ist heute möglich in China. Sie sind kritisch, werden aber geduldet.“ Es sei allerdings immer schwer zu erkennen, wo die Grenze zur Inhaftierung verlaufe. Es gibt keine festen Kriterien, was geduldet werde und was nicht. Genau das sei das Problem eines Willkürstaats. Die Unsicherheit schüre Angst vor Unterdrückung, Repression und Haft.

Laut Lackner gibt es etwa 200 000 soziale Unruhen pro Jahr. Und die Arbeitslager werden trotz aller Reformen nicht aufgelöst.

„Kulturelle Enge“

Lackner beklagte eine „kulturelle Enge der Führungsschicht“, die sich von der vielfach gelebten Vielfalt und der gesellschaftlichen Realität entfernt habe. Und am Ende aller politischen Ziele („Vier Fackeln“) steht die „Beendigung der parteiinternen Auseinandersetzungen“ und die „Wiedergewinnung der ideologischen Oberhoheit“ durch die Kommunistische Partei. Pluralismus, Demokratie und Freiheit im westlichen Sinn sehen anders aus. ■

Michael Schröder

Tiananmen 1989 – vom „Zwischenfall“ zur Katastrophe

Anfang Juni 1989 eskalierten die Spannungen zwischen den Demonstranten auf Pekings zentralem Tiananmen-Platz und der Partei- und Staatsführung. Militäreinheiten und Sicherheitskräfte räumten den Platz und walzten die Proteste nieder. Verletzte füllten Sanitätsstationen und Krankenhäuser, Tote stapelten sich in den Kühlkammern der Leichenhäuser. China verlor schlagartig seine internationale Anerkennung, die es nach einem knappen Jahrzehnt wirtschaftlicher Modernisierung und kooperativer Außenpolitik errungen hatte.

Die Hintergründe dieser (offiziell als „Zwischenfall“ bezeichneten) Katastrophe sind komplex und erfordern einen Blick auf die sicherheitspolitischen Interessen und die Bedingungen des politischen Systems:

Chaos der Kulturrevolution

1. Die sicherheitspolitischen Interessen und die Bedrohungswahrnehmungen auf unterschiedlichen politischen Ebenen: Die Einheit der Nation und die territoriale Integrität sind neben der Stabilität und Entwicklung der Wirtschaft die zentralen nationalen Interessen. Die chinesische Regierung (und weite Teile der Bevölkerung) werden die Einheit und die wirtschaftlichen Errungenschaften mit allen Mitteln verteidigen. In der Bedrohungsperzeption von außen stehen die Territorialkonflikte in der Nachbarschaft und alle (insbesondere amerikanische) Versuche, Chinas Aufstieg einzudämmen. Als Bedrohungen von innen werden Terrorismus, religiös und ethnisch motivierte Aufstände und die zunehmende soziale Ungleichheit im Lande angesehen. Der Etat für Innere Sicherheit übersteigt inzwischen die offiziellen Verteidigungsausgaben. Unruhen und Aufstände haben in chinesischer Wahrneh-

mung nicht nur das Potential, die komplexen Machtbalancen in Staats- und Parteiführung, sondern auch die nach Gleichgewicht strebende Persönlichkeit des chinesischen Bürgers zu bedrohen, insbesondere nach den Erfahrungen der gewaltsamen Proletarischen Kulturrevolution Ende der 1960er Jahre. Die Kulturrevolution hatte nicht nur eine Generation junger Chinesen von geregelter Bildung abgehalten, sondern als eine von mehreren politischen Kampagnen den Ein-

zelen zum Opfer der Volatilität parteipolitischer Strömungen gemacht. Die Kulturrevolution und ihre Folgen prägen die politische Führung in China bis heute: verlorene Jahre im Schweinestall oder in der Traktorfabrik nach dem Chaos des gewaltsamen Sturms der Roten Garden. „Nie wieder“ war und ist die einhellige Meinung in China.

Überforderung der Führung

2. Die Bedingungen des politischen Systems und die Besonderheiten der chinesischen Führungsstruktur: Die Parallelität von Partei- und Staatsstrukturen erfordert eine ständige Rückversicherung im politischen Entscheidungsprozess. Das Prinzip der Kollektiven Führung ist kein leeres Mantra. Das Politbüro und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei sind Führungszirkel, in denen –



Heute erinnert auf dem Platz des Himmlischen Friedens nichts mehr an das Massaker vom Juni 1989. Gedenkfeiern waren ausdrücklich verboten.

Foto: Nicor / wikimedia commons



wie bereits das Beispiel Mao zeigte – politische Rivalitäten und Machtkämpfe ausgetragen werden. Der Staats- und Parteichef, der die Ämter des Präsidenten, des Generalsekretärs der Partei, des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Politbüros und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission in sich vereint, hat zwar große Amts- und Machtfülle, kann aber nur mit dem, nicht gegen das Politbüro führen. Zusätzlich müssen Bereiche der staatlichen Fachadministration und zuständige Parteiaus-schüsse mit eingebunden werden. Diese Strukturen haben den Nachteil, dass trotz autoritärer Ausrichtung des Gesamtsystems die Entscheidungsfindung langwierig und schwierig ist.



Zhao Ziyang war zur Zeit der Proteste Generalsekretär der Kommunistischen Partei

Foto: Rob Bogaerts /Anefo / wikimedia commons

In Bezug auf Tiananmen 1989 ist daraus festzustellen: erstens, dass die Geschwindigkeit der außen- und innenpolitischen Entwicklungen (Gorbatschows Politik und die Ausdehnung von lokalen Unruhen zu einer landesweiten Protestbewegung) die politische Führung in Peking überforderte. Und zweitens, dass Alleingänge politischer Persönlichkeiten – prominentes Beispiel in Bezug auf Tiananmen war der weitgehend ideologiefreie Reformpolitiker Zhao Ziyang – sanktioniert werden. Zhao Ziyang,

ehemaliger Premier und von 1987 bis Juni 1989 Generalsekretär der Kommunistischen Partei, sah sich im Frühjahr 1989 zwei Bedrohungen gegenüber: seinen konservativen Konkurrenten in der Parteiführung und den Protesten gegen die negativen Folgen der Wirtschaftsreformen: Preissteigerun-

gesetzt, Investitionen, Kredite und der Technologietransfer reduziert. Infolge der offiziellen Sanktionspolitik verringerte sich das privatwirtschaftliche Interesse an China.

Der Westen – schockiert und enttäuscht – war gefangen in überzoge-



Die Folgen der Kulturrevolution prägen China bis heute: Rotgardisten mit Armbinden und Maobibel, daneben der verblichene Propagandaspruch Maos: „Gründlich lernen, täglich aufwärts“

Foto: Villa Giulia / wikimedia commons

gen und Arbeitslosigkeit. 1988/89 befand sich China in einer Wirtschaftskrise. Zhao Ziyangs Versuche, Reformen und Transparenz zu fördern, den Dialog mit den Demonstranten aufrecht zu erhalten und die Presse einzubinden, endeten nach seinem letzten öffentlichen Auftritt am 19. Mai 1989. Den Rest seines Lebens verbrachte er unter Hausarrest.

Isolation als Folge

Die Folge der gewaltsamen Auflösung der Tiananmen-Proteste von 1989 für die chinesische Staatsführung war eine tiefgreifende internationale Isolierung. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten legten Sanktionen auf, die die wirtschaftliche Situation im Land weiter belasteten. Der diplomatische Austausch wurde aus-

nen Erwartungen nach den Systemwechseln in Osteuropa, nach Glasnost und Perestroika. Doch China konnte dem russischen Transformationsmodell aus diversen Gründen nicht folgen. Die Abgrenzung von der Sowjetunion (bzw. von Russland) und die Betonung der eigenen ideologischen, politischen und nationalen Identität ist eine Grundformel der Pekinger Politikgestaltung. Die sowjetischen Gebietsverluste durch die Entstehung neuer Staaten und das wirtschaftliche Chaos in Russland wirkten in China als abschreckende Faktoren und wurden entsprechend instrumentalisiert. Für die Toten von Tiananmen, für die gebrochenen Biographien und für die Menschenrechtssituation in China gibt es dennoch keine Entschuldigung. ■

Saskia Hieber

Die Folgen von Bologna

Studium zwischen Berufsbezogenheit und Grundlagenorientierung

Am Anfang herrschten Euphorie und Aufbruchsstimmung. Der Bologna-Prozess wurde 1999 mit dem Ziel begonnen, einen europäischen Hochschul- und Forschungsraum zu errichten. In Kooperation mit der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau erörterte die Akademie Zwischenergebnisse und Reformbedarf.

„Hauptziel des Bologna-Prozesses war die Schaffung eines europäischen Hochschulraums, oberstes Nebenziel die Vergrößerung der Mobilität“, so Wilfried Müller, Altkrektor der Universität Bremen. Ihm war im Zuge der Reform die Rolle eines Vermittlers zwischen Hochschulpolitik und der wissenschaftlichen Basis zugekommen. Als ein Problemfeld der Umsetzung von Bologna stellte Müller heraus, dass sich die Universitäten am meisten für die Masterstudiengänge interessiert hätten. Der Bachelor wurde dagegen vielfach nicht ernst genommen. Als weiterhin ungelöstes Problem machte Müller die hohe Abbrecherquote aus. Gegenüber den früheren Gegebenheiten sei diese in die ersten beiden Studienjahre gerutscht. Müller plädierte daher für eine Reform der Studieneingangsphase.

Johanna Witte vom Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung in München hob die immense Reichweite von Bologna hervor. Es ginge schließlich um 47 Staaten, teilweise weit über die EU hinaus. Angesichts der hohen Anzahl der Staaten, die an Bologna beteiligt sind, und der teilweise vagen Formulierungen in den Bologna-Dokumenten käme es zwangsläufig zu ganz „verschiedenen Booten, die unter der Bologna-Flagge segeln“, sagte sie.

Witte zeigte anhand einiger Länderbeispiele, wie stark die Umsetzung des Bologna-Prozesses vom Charakter der jeweiligen hochschulpolitischen Sys-

teme abhängt. Als Chance für die weitere Entwicklung sieht sie den Charakter von Bologna als „atmendes System“. So habe die Bachelor-/Master-



Johanna Witte: „Bologna-Umsetzung hängt von jeweiligen Hochschulsystemen ab“

struktur zum Beispiel das Potenzial, ein System von Teilzeit- und Weiterbildungsangeboten für „Mid-Career Professionals“ zu schaffen.

Orientierung an Verwertbarkeit

Auch der Münchner Philosoph Julian Nida-Rümelin knüpfte an die unterschiedlichen Bildungstraditionen in den einzelnen Ländern an und widmete sich den Bildungsidealen, die das Bildungssystem geprägt haben: „Die Universität wird zusammengehalten durch das Ethos epistemischer Rationalität. Es geht um das bessere

Argument, nicht um Output, Sichtbarkeit usw.“, sagte er. Nida-Rümelin sieht jedoch eine Tendenz zur Normierung und Nivellierung und zu starker Orientierung an Berufsverwertbarkeit. „Ein entzwecklichtes Studium ermöglicht Persönlichkeitsbildung, die auch außerhalb von Academia Früchte trägt“, wandte er dagegen ein. Nida-Rümelin betonte, dass Bildungssysteme nicht selektieren sollen, also in oben und unten unterteilen, sondern differenzieren. Wir würden zu viele Verlierer produzieren, wenn alle Abitur und Studium haben.



Julian Nida-Rümelin: „Tendenz zur Normierung und Nivellierung“

Fotos: Haas

Wichtige Bildungsphase

Der Präsident der Technischen Universität München Wolfgang A. Herrmann sieht durch die Bologna-Reform mehr Vor- als Nachteile für die Hochschulen. Mit Blick auf den Studienabschluss sei man durch die Zweistufigkeit vom „Ganz oder gar nicht“ der Diplomstudiengänge abgekommen und erreiche mehr Flexibilität und eine bessere Anpassung an die wichtige Bildungsphase zwischen dem zwanzigsten und dreißigsten Lebensjahr. „Dass das dann Bachelor und Master



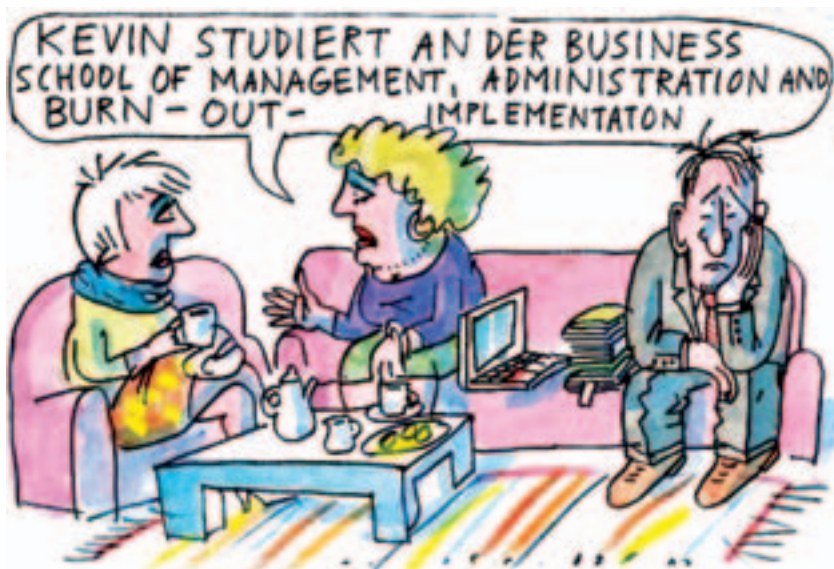
heißen musste, hat mir schon weh getan“, sagte Herrmann. Verwundert zeigte er sich, dass sich die Ingenieure die Abschaffung des „Adelstitels Dipl.-Ing.“ so gefallen ließen. Die TU München vergibt den Titel gemeinsam mit dem „Master of Science“.

Sascha Spoun, Präsident der Universität Lüneburg, widmete sich den Folgen von Bologna für die geisteswissenschaftlichen Fächer. Trotz aller Schwierigkeiten des Bologna-Prozesses wie einem teilweise „surrealen Prüfungsaufwand“ plädierte Spoun dafür, Bologna als Chance zu begreifen. Geisteswissenschaftliche Bildung bedeute einen höchst individuellen, den ganzen Menschen prägenden Prozess. Gemäß der Tradition der „artes liberales“ sollte sich der Mensch in Freiheit zu einem mündigen Weltbürger entwickeln. Heute herrsche eine andere Situation. Die heutigen Abiturienten verfügten nicht mehr über die humanistische Bildung dieser Art. Unter Bezug auf Odo Marquardt plädierte Spoun für eine Stärkung des Wissens über „Herkunftswelten“. Bologna bedeute dabei nicht das Ende des Abendlandes, sondern eröffne Möglichkeiten für entsprechende Prozesse.

Verringerung der Prüfungsdichte

Andrea Prehofer ist die Leiterin der globalen Personalentwicklung der Siemens AG. Ein solches Unternehmen suche bei Bewerbern eine Kombination aus fachlichem und interdisziplinärem Wissen, persönlicher Entwicklung und internationaler Erfahrung. Aus ihrer Sicht könne man „Ja“ zu Bologna sagen. Im Vordergrund stehe jedoch das Gesamtbild der Bewerber: „Unternehmen suchen Profile statt Abschlüsse“, sagte die studierte Mathematikerin. So könne man aus dem Bachelor viel machen.

In Deutschland stelle Siemens genauso viel Bachelor- wie Masterabsolventen ein, weltweit sogar doppelt so viel. Gemäß den Grundsätzen des lebenslangen Lernens habe Siemens zum Beispiel eine eigene Akademie für



Zeichnung: Tomaschoff

Projektmanagement, an der die Berufstätigen weitere Qualifikationen erwerben können. Verbesserungsmöglichkeiten sieht sie insbesondere in einer Stärkung des Praxisbezugs, der Verrin-



Andrea Prehofer: „Unternehmen suchen Profile statt Abschlüsse“

gerung der Prüfungsdichte und einem stärkeren Fokus auf die Persönlichkeitsbildung.

„Wie geht es weiter mit Bologna?“. Diese Frage stellte sich eine Podiumsrunde, bei der Ulrich Hörlein, der Vorsitzende des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz, dafür eintrat, bei den bisher sehr formalen Verfahren zur Qualitätssicherung stärker inhaltliche Aspekte zu berücksichtigen. Franziska Traube, Studentin der Biochemie an der TU München

und ehemalige Sprecherin der LandesASTen-Konferenz, hält die Zeit der großen Proteste gegen Bologna für vergangen. Seitens der Studierenden sei eher die Haltung auf dem Vormarsch, dass man nimmt, was kommt. Sie plädierte zu mehr Mut für Veränderungen, auch seitens der Professorenschaft. Entsprechenden Bedarf gäbe es. In den Ingenieurwissenschaften sei etwa eine enorme Anzahl von Prüfungen zu bewältigen und kaum Zeit für Regeneration.

Mentalitätswechsel

Der Präsident der Hochschule Coburg Michael Pötzl sagte, dass es mit Bologna zu einem Mentalitätswechsel in der Hochschullandschaft gekommen sei, der die Hochschulen enorm weitergebracht habe. Erst dadurch sei es zu einer grundlegenden Diskussion über Lehrformate, Inhalte und Kompetenzen gekommen.

Friedrich Oeser, Vorstandsvorsitzender des Bauindustrieverbands in Hamburg fügte hinzu, dass die Bauwirtschaft Ingenieure brauche, die möglichst breit in den Grundlagen ausgebildet sind: „Es ist fatal, zu spezialisiert zu sein“. ■

Gero Kellermann

Welche Bildung wollen wir?

Die Philosophie kommt auf ihre ursprünglichen Fragen zurück

Die Ausdifferenzierung der Wissenschaften trägt nicht notwendigerweise zum immer genaueren Verständnis ihrer jeweiligen Gegenstände bei. Das gilt vor allem, wenn im Zuge der Spezialisierung die Herkunft und damit die ursprünglichen Fragen einer Wissenschaft in Vergessenheit geraten. Das immer noch vorherrschende Ideal einer Wissenschaft nach dem Vorbild der empirischen Naturwissenschaft tut dann mitunter sein übriges. So könnte man die Lage im Bereich der Beschäftigung mit der Bildung beschreiben.

Die Fragen nach Möglichkeiten, Methoden und Zielen von Lernen und Lehren waren von Beginn an zentrale Fragen der Philosophie. Mit Kants Vorlesungen über Pädagogik und durch seinen Nachfolger Herbart wurde dazu sogar eine eigene Disziplin innerhalb der Philosophie etabliert, die Bildungsphilosophie. Auch nach der Abtrennung der Erziehungswissenschaften von der Philosophie verstanden sich wichtige Pädagogen stets auch als Philosophen. Spätestens mit dem Vormarsch der empirischen Bildungsforschung ist diese Einheit jedoch aufgebrochen und im Zuge dessen geriet auch das philosophische Fragen in den Hintergrund.

Gleichzeitig wird die Bildung in der Gegenwart zu einem zunehmend bedeutungsvollen Feld der Politik. Für die gebildeten Kreise gehört die Sorge um die Bildung zum guten Ton. Die Organisation von Bildung ist Gegenstand staatlicher Steuerung, die auch hier zusehends das Prinzip des Wettbewerbs als Steuerungsinstrument einsetzt. Sogenannte Vergleichbarkeit durch zentralisierte Tests gehört ebenso dazu wie die Aufforderung an Bildungsinstitutionen von der Schule bis zur Universität, sich am Wettbewerb beispielweise um die Finanzierung ihrer Tätigkeit zu beteiligen.

Was die Philosophie in solch einem Umfeld beizutragen hat? Genau danach fragte unsere internationale Tagung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, die in Kooperation mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Krassimir



Axel Honneth erläuterte den Kern seines Bildungsbegriffs Foto: Stodoroki / wikimedia commons

Stojanov vom Eichstätter Lehrstuhl für Bildungsphilosophie veranstaltet wurde und zur Aktualisierung der bildungsphilosophischen Tradition einen Beitrag leisten wollte.

Der in Frankfurt am Main und New York lehrende Philosoph Axel Honneth bemängelte in einem Beitrag für die Wochenzeitung „Die Zeit“ jüngst: „Jede Vorstellung davon, dass eine vitale Demokratie durch Bildungsprozesse ihre eigenen kulturellen und mo-

ralischen Bestandsvoraussetzungen stets wieder erst erzeugen muss, ist der politischen Philosophie abhanden gekommen.“ So gibt es also auch von Seiten der Philosophie dringenden Bedarf dafür, sich der Sache von Erziehung und Bildung erneut anzunehmen.

Um welche Bildung geht es?

Honneth fragte in seinem Eröffnungsvortrag in Eichstätt zunächst, um welche Bildung es überhaupt gehe. Dazu betrachtete er den Lebenslauf eines jungen Mädchens und dessen Konfrontation mit einer historisch gewachsenen und andauernd durch unterschiedliche Deutungen umstrittenen Umwelt. Damit machte er deutlich, dass Bildung nie bei Null anfängt.

Das Kind wächst wesentlich in eine zeitlich und örtlich bestimmte Gesellschaft hinein. Es lernt gleichsam von selbst den Unterschied zwischen dem Wissen über Flugzeuge und Medikamente einerseits und der Bedeutung von Straßennamen und beispielweise der Aufteilung häuslicher Arbeit unter den Geschlechtern andererseits.

Gibt es in der natürlichen Welt Ursache-Wirkungsverhältnisse, so braucht es in der sozialen Welt Gründe, die erklären, wie es zur gegenwärtigen Situation kam. Dabei lernt das heranwachsende Mädchen, dass es an den Ideen von „ausschlaggebenden Gruppen“ liegt, welche Normen institutionalisiert werden und somit verbindliche Geltung erlangen. Schrittweise wird es seine Umwelt „denaturieren und vergeistigen“. Es erkennt, dass die soziale Welt niemals einfach „ist, wie sie ist“. Vielmehr hat ihre Gestalt stets – herauszufindende



und herausfindbare – Gründe. Diese Einsichtnahme stellt für Honneth den Kern der Bildung dar. Sie ist verbunden mit einer fundamentalen ethischen Selbstvergewisserung des Gebildeten. Er fragt sich: Will ich der sein, der solchen Gründen folgt? Die Befähigung zu dieser Frage eröffnet die Möglichkeit zur Abstandnahme von Traditionen. In ihr liegt die gebildete Freiheit.

Experiment statt Theorie

Die Freiheit war auch Thema einer Reihe weiterer Beiträge der Tagung. Tsetvan Todorov aus Sofia berichtete von der (desolaten) Lage der politischen Bildung in Bulgarien und von seinen jahrelangen Bemühungen, durch zivilgesellschaftliches Engagement ein ordentliches Schulfach für die politische Bildung zu etablieren.

Randall Curren, Philosoph aus Rochester im amerikanischen Bundestaat New York, sprach über „Global Civic Education“. Dabei ging er auf die Entwicklung an seiner Heimatuniversität ein, in der man mittlerweile dazu übergegangen ist, das Erlernen der für weltweite Verantwortungsübernahme notwendigen Kompetenzen auf dem Wege des „Experiential Learning“ zu ermöglichen. Studenten werden dazu in der Gründung von eigenen politischen und sozialen Organisationen unterstützt, da man davon ausgeht, dass die eigene Erfahrung die nachhaltigere Wirkung entfaltet als Vorlesungen über Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements. Um so etwas zu ermöglichen, hat allerdings auch die Universität manches hinzulernen müssen.

Gerhard Stamer schließlich, Philosoph aus Hannover, zeigte mit Friedrich von Schiller die Notwendigkeit einer ästhetischen Erziehung für die gemeinsame Ergreifung politischer Freiheit auf. ■

Michael Spieker

Die USA und Europa: Partner auf Augenhöhe?

US-Generalkonsul Moeller beim Akademiegespräch am See

Die Kooperation unserer Akademie mit dem Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika hat eine lange Tradition – das betonte Direktorin Ursula Münch gleich zu Beginn unseres mittlerweile fünften Akademiegesprächs am See. Der amtierende US-Generalkonsul, William E.

nicht nötig, da Deutschland ein völlig transparentes Land sei. „Wenn wir etwas wissen wollen, rufen wir Frau Merkel einfach an“, sagte Moeller.

Das zweite große Thema des Abends war das umstrittene TTIP-Freihandels-Abkommen – die Verhandlungen dazu bezeichnete Moeller als die bisher transparentesten, die in der EU je geführt worden seien.

Der Generalkonsul ist überzeugt, dass sich „diese wichtigste transatlantische Initiative“ gut auf die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und den Verbraucherschutz in den USA und der EU auswirken werde.

Das die größten Proteste gegen das Ab-

kommen gerade aus Deutschland kommen, habe die Amerikaner überrascht, da man gerade Deutschland als den größten Unterstützer von TTIP gesehen habe.

Übrigens: Gerade in Bayern kann man Franz Josef Strauß zu fast jedem Anlass zitieren. So sagte der frühere bayerische Ministerpräsident und überzeugte Europäer: „Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft.“

Als Appell und Wunschvorstellung ergänzte nun der US-Generalkonsul „... und die USA unser Partner!“ Denn es sei das Schicksal von EU und USA, zusammen zu arbeiten und im aktuellen Zeitfenster Einfluss auf die Weltordnung zu nehmen – und das auf Augenhöhe. ■

Dan Prume



Im Gespräch mit interessierten Zuhörerinnen: US-Generalkonsul William E. Moeller Foto: Prume

Moeller, war zu Gast, um im Rahmen der interdisziplinären Kooperations-tagung mit der Studienstiftung des deutschen Volkes zum Thema „Die USA und Europa: Eine herausfordernde Partnerschaft?“ zu debattieren, das angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen nicht aktueller sein konnte.

Absoluter Tiefpunkt

Moeller, der bewusst keinen Monolog vorbereitet hatte, umriss die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Er sagte, dass der NSA-Skandal einen absoluten Tiefpunkt in der Zusammenarbeit beider Länder markiere, stellte aber die Arbeit der Geheimdienste als notwendig dar. Das Ausspähen der Bundeskanzlerin sei für amerikanische Geheimdienste

Geheimdienste in der Demokratie

NSA-Affäre bestimmt die Debatte

Kriegsgefangene als Geheimagenten? Unmöglich! Oder nicht? Auf der Tagung „Intelligence, Democracy and Transparency: No Room for Secret Intelligence?“ wurden unterschiedliche Aspekte von nachrichtendienstlicher Tätigkeit in historischer Perspektive untersucht. Die amerikanischen Kriegsgefangenen in nordvietnamesischen Lagern waren dabei nur ein Beispiel.

US-Soldaten, die während des Vietnamkrieges in Einzelzellen festgehalten wurden, gelang es, sich mit Klopfsignalen zu verständigen. Die US-Behörden, aber auch die Familien in der Heimat, waren in besonderem Maße auf Informationen darüber angewiesen, welche bisher als vermisst geltenden Soldaten in Kriegsgefangenschaft geraten waren und wo sich diese aufhielten. Dadurch, dass bestimmte amerikanische Soldaten vor ihrem Kampfeinsatz bereits speziell trainiert worden waren, konnten diese beispielsweise – soweit ihnen der Briefverkehr mit ihren Angehörigen gestattet war – verschlüsselte Botschaften übermitteln. So schrieb etwa ein Offizier seiner Ehefrau in der Heimat von einem Traum, den er von seinen ehemaligen Footballkameraden gehabt haben soll, wobei er die angeblichen Freunde namentlich nannte. Die Gattin informier-

te daraufhin sofort die zuständigen Armeestäbe, die aufgrund der in dem Schreiben genannten Personen darauf schließen konnten, welche Kriegsgefangenen wohl in den Isolationszellen des betreffenden nordvietnamesischen Lagers einsaßen und von den Behörden in Hanoi bisher nicht an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gemeldet worden waren.

Internationaler Zugang

Neben der Kriegsgefangenenfrage beschäftigte sich die Tagung auch mit der Rolle der Nachrichtendienste im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg. Den Schwerpunkt aber bildete die Diskussion über die Rolle von Geheimdiensten in einer Demokratie. Sind diese als Bedrohung für die freiheitliche Gesellschaft anzusehen, da ihre Tätigkeit – wie die aktuelle NSA-Affäre zeigt –

sich prinzipiell einer wirkungsvollen Kontrolle entzieht? Oder sind auch Demokratien zu einem gewissen Grad auf Nachrichtendienste angewiesen, um eine Gefährdung der Freiheit durch Extremisten und Terroristen abwehren zu können? Der Debatte kam dabei zugute, dass sie – anders als vielfach üblich – weder exklusiv unter Geheimdienstvertretern noch allein unter Wissenschaftlern oder Journalisten ausgetragen wurde. Zugleich konnte durch einen sehr internationalen Zugang – die Referenten kamen aus verschiedenen europäischen Staaten, dem Nahen Osten, darunter Israel und Jordanien, sowie den USA – eine deutschlandzentrierte Sicht und eine reine Wiederholung der innenpolitischen Debatte vermieden werden.

Insgesamt wurde in diesem Zusammenhang die sehr unterschiedliche Arbeit von Geheimdiensten im nationalen und internationalen Kontext deutlich. So gibt es etwa Bereiche, in denen die Notwendigkeit von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen wenig umstritten ist. Hierzu zählt die Unterstützung für Hilfsorganisationen: Nach großen Naturkatastrophen in unzugänglichen Gebieten sind Geheimdienste oftmals die ersten, die – z.B. nach Auswertung von Satellitenbildern – darüber informieren können, welche Flughäfen noch erreichbar, bzw. welche Straßen passierbar sind. Trotz aller notwendigen Kritik, die insbesondere seit Beginn der NSA-Affäre zu Recht aufgeflammt ist, sollte sich die Debatte somit vor allem um die wirksame Kontrolle und legislative Beschränkung von Geheimdiensten drehen. Dabei erstaunt jedoch, dass manche Diskutanten zwar berechtigt harte Worte für die amerikanischen Aktivitäten finden, es jedoch bei der nachrichtendienstlichen Überwachung von Personen und Einrichtungen in der Bundesrepublik, die von chinesischen oder russischen Diensten durchgeführt wird, an Verve fehlen lassen. ■



Schwer verständlich

Zeichnung: Tomicek

Michael Mayer

(siehe Presseschau S. 36)

Hegel in Südamerika

Eine Konferenz über die Denkbewegung von Kant zu Hegel in Buenos Aires

Über 160 Forscher versammelten sich im vergangenen Mai zum ersten Deutsch-lateinamerikanischen Hegelkongress an der Päpstlichen Universität in Argentiniens Hauptstadt. Noch nie zuvor waren so viele Forscher aus ganz Lateinamerika

zu einer gemeinsamen Konferenz über die auch in Südamerika einflussreiche Philosophie Hegels zusammengekommen. Auf Initiative eines Forschungsnetzwerks, das auf deutscher Seite in Hagen und Bochum beheimatet ist, widmete sich die Tagung der umstrittenen Frage,

inwieweit mit der Philosophie des Deutschen Idealismus die Philosophie endgültig von aller Metaphysik Abstand genommen hat, oder ob sie nach der kantischen Kritik eine nun gleichsam gereinigte Metaphysik betreibt.

Die Philosophie Hegels, der in einzigartiger Weise vermochte, im Differenzen das Verbindende aufzuzeigen, ist in besonderer Weise für derartige kulturübergreifende Begegnungen geeignet. Als einen Beitrag zur interkulturellen Verständigung würdigte die Konferenz auch der deutsche Botschafter in Argentinien, unter dessen Schirmherrschaft man sich im herbstlichen Buenos Aires versammelte. Hegel vermag, wie es Thomas Sören Hoffmann (Hagen), einer der Organisatoren der Tagung, ausdrückte, „Lust auf Unterschied“ zu machen. Unterschiedlich waren denn auch die Deutungen des Forschungsgegenstandes.

Unschärfer Begriff

Das begann schon mit der Frage nach dem Referenzpunkt „Metaphysik“, der in der Gegenwart meist in pejorativer Weise bemüht wird. Was ist überhaupt Metaphysik und welche Wirkungen hat sie? Heute wird der Begriff meist recht unscharf für eine jede Philosophie benutzt, die sich mit ersten Gründen und letzten Zwecken beschäftigt. Weil der Verstand aber nur das einsehbar, was er selbst hervorgebracht hat, gilt es nun als ungedeckter und unerlaubter Gebrauch des Denkens, wenn es sich zu solchen letzten Gegenständen bewegt. Von Gott, Freiheit und Unsterblichkeit können wir demnach nichts wissen und folglich sollte man darüber auch nicht mehr öffentlich sprechen. Verbunden damit ist die – ebenfalls durch Kant formulierte – Einsicht, wonach das „Sein“ kein reales Prädikat ist. Es fügt einer Sache

keinen Gehalt hinzu, wenn man von ihr sagt, dass sie „ist“. In diesem – weite Teile der klassischen Philosophie nicht treffenden – Sinne wurde Metaphysik in der kritischen Philosophie Kants und in seiner Folge auch von Hegel abgelehnt.

Radikalisierte Seinskritik

Hegel radikalisierte die Seinskritik allerdings noch, was nur selten erkannt wird. Weil auch das Sein seinen Ursprung im Denken hat, ist die unreflektierte Redeweise davon, dass irgendetwas „ist“, stets Zeugnis einer zu überwindenden Veräußerlichung eben dieses Denkens. Man behauptet, dass etwas unabhängig von anderem (also auch von unserem Zutun und Denken) besteht und hat es doch zuvor erst selbst installiert. So könnte man – auf die Spitze getrieben – sagen: Wer Sein sagt, der will betrügen. Das hat auch

eminente politische Folgen. Seinsbehauptungen sind in der Politik schließlich an der Tagesordnung. Egal ob von Terrorismus oder dem demografischen Wandel die Rede ist.

Wenn Hegel in seiner von der Wissenschaft der Logik getragenen Philosophie auch nach Kant noch von Gott, Freiheit und Unendlichkeit spricht, so geschieht das nicht auf der Grundlage des Vergessens und der „Selbsterteriorisierung“ des Denkens, sondern in dem klaren methodischen Bewusstsein der Kraft des Denkens zum Begreifen seiner selbst und in dem Wissen, dass solch ein Denken auch in der übrigen Welt nicht folgenlos bleibt. So traten auf der Tagung neben Beiträge über die Logik und die Rolle der Metaphysik in der Philosophie der Neuzeit auch Vorträge über die Rolle von Institutionen, über die Wirtschaft und den Sozialstaat. ■

Michael Spieker



Die Päpstlich-Katholische Universität in Buenos Aires

Foto: Futam / wikimedia commons

Umsichtiger Vorsitzender mit intellektueller Brillanz

Hans Maier nach fast 50 Jahren aus dem Kuratorium verabschiedet

Unserer Akademie ehrte einen ihrer geistigen Väter: Hans Maier, Politikwissenschaftler, früherer bayerischer Kultusminister und langjähriger Vorsitzender unseres Kuratoriums. Mit einem Nachmittag im Zeichen politischer Bildung als Fundament freiheitlicher Politik haben wir ihn nach fast einem halben Jahrhundert Zugehörigkeit aus dem Kuratorium der Akademie verabschiedet.

Politik und politische Bildung, Religion und Säkularisierung sind die Schlüsselthemen im Leben und Werk von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Maier, der die Tätigkeit unserer Einrichtung von 1988 bis 2013 als Kuratoriumsvorsitzender begleitet hat. Tatsächlich war der frühere bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus (1970-1986) dem Kuratorium sogar noch länger verbunden und schied nun nach 49 Jahren Mitgliedschaft aus – 1964 war noch der Gründungsdirektor der Akademie für Politische Bildung, Felix Messerschmid, im Amt.

Schon damals wussten alle Beteiligten der Akademie: Der liberale, demokratische und säkulare Rechtsstaat ist auf die Bereitschaft seiner Bürger angewiesen, sich freiwillig am Gemeinwesen zu beteiligen. Jeder Versuch einer Einwirkung auf die Kräfte innerer Regulierung und Selbsterneuerung käme einer Aufgabe seines freiheitlichen Anspruchs gleich. Insofern müssen freiheitliche Demokratien Angebote schaffen, die wiederum die vopolitischen Grundlagen stärken. Hier spielt politische Bildung eine zentrale Rolle. Hans Maier hat sich zeitlebens dafür eingesetzt und ist somit auch ein Fundament für die Reputation unserer Akademie – darauf wies die Direktorin Ursula Münch hin.

Der neue Vorsitzende des Kuratoriums, Friedrich Wilhelm Rothenpieler, würdigte Maiers „umsichtige Leitung eines gegensätzlich zusammengesetz-

ten Gremiums zum Wohl der Akademie“. Der bayerische Bildungsminister Ludwig Spaenle bezeichnete Maier als einen der prägendsten Intellektuellen der Bundesrepublik –



Hans Maier war und ist ein Fundament für die Reputation der Akademie
Foto: Haas

und zollte ihm höchsten Respekt für die Tatsache, dies auch noch nach seinem freiwilligen Rückzug aus der aktiven Politik bewerkstelligt zu haben.

Freier Denker

Auch der ehemalige Akademiedirektor Heinrich Oberreuter ließ es sich nicht nehmen, seinen Mentor Hans Maier ausführlich zu würdigen: als Mann des rationalen Urteils und freien Denkens; als Kuratoriumsvorsitzenden, der meist gewähren ließ – nur nicht, als der Etat der Akademie unter Ministerpräsident Stoiber und Kultusministerin Hohlmeier so weit herunterge-

kürzt werden sollte, dass der Tagungsbetrieb nicht mehr möglich gewesen wäre; als Bildungsexperten, der sich die professionelle Lehrerbildung auf die Fahnen geschrieben hatte; und als fachlich kompetenten, weitsichtigen und von Parteikarriere unabhängigen Politiker. Oberreuter merkte an: „An denen fehlt es uns heute so sehr.“

Beteiligung ohne Hochmut

In seinen politischen Ämtern traf Hans Maier immer wieder auf einen Mitstreiter, mit dem er zum Abschluss unserer Veranstaltung diskutierte: Bernhard Vogel, der ehemalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen. Die zwei Wissenschaftler, Kultusminister, überzeugte Christen, erfolgreiche Politiker und unbequeme konservative Parteimitglieder führten ein mit Anekdoten gespicktes Gespräch. Dabei forderte Maier die jungen Politikwissenschaftler auf, sich aktiv an der Politik zu beteiligen, doch ohne den Hochmut des alles vorausahnenden Gelehrten: „Recht haben allein genügt in der Politik nicht. Man muss lernen zurückzustecken und die anderen vorpreschen zu lassen“, sagte Maier mit einem Schmunzeln.

Sowohl Bernhard Vogel als auch Hans Maier amtierten in einer Hochphase der Bildungspolitik. Dass Fragen der Kultur und Bildung heute für die Unionsparteien kaum noch interessant zu sein scheinen, stößt vor allem Bernhard Vogel sauer auf. „Wirkliche Diskussionen über Bologna, Pisa, G8 und G9 werden doch gar nicht geführt“, rief er in den Saal. Und Hans Maier freut sich bereits auf die Zeit, in der die politische und wissenschaftliche Diskussion wieder die Themen setzen kann, und nicht zweit- bis dritrangige Detailfragen die Bildungsdiskussion beherrschen. ■

Sebastian Haas

Klostergeschichten und Solarhäuser

Personalseminar in Freiburg und Strasbourg bot vielfältiges Programm

Ein breites Themenspektrum mit Kunst, Kultur, Geschichte und Europa bis hin zur Solarenergie bot das diesjährige Personalseminar der Akademie im Raum Freiburg und Strasbourg. Gastgeber war das Studienhaus Wiesneck im Schwarzwald, zu dem die Akademie seit dem Direktorat von Manfred Hättich (früher Direktor in Wiesneck) gute Beziehungen unterhält.

Eine Führung durch Freiburg mit Klaus Grötsch war ein interessanter Einstieg in die über 1000-jährige Geschichte der Zähringer-Stadt, die zu den klassischen deutschen Universitätsstädten gehört. Heute ist sie auch als „Öko-Hauptstadt“ bekannt. Seit 2002 hat sie mit Dieter Salomon einen „grünen“ Oberbürgermeister, damals der erste in Deutschland. Das Sonnenenergiehaus „Heliotrop“ aus dem Jahr 1994 und die Solarsiedlung des Architekten Rolf Disch von 2004 gelten als Beispiel für Wohnbauten, die mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen.

Studienleiterin Hanna Lehmann von der Katholischen Akademie Freiburg erläuterte das Nachhaltigkeitskonzept ihres Hauses, an dem seit über 20 Jahren gearbeitet wird. Die Freiburger Bil-

dungsstätte war damals Vorreiterin auf dem Gebiet des ökologischen Wirtschaftens und Haushaltens. Alle drei Jahre wird die Akademie mit einem Öko-Siegel zertifiziert. Die Palette reicht von den Schnittblumen an der Rezeption über die Reinigungsmittel bis zur Photovoltaikanlage auf dem Dach und dem eigenen Blockheizkraftwerk.

Im Winzerdorf Bickensohl im Kaiserstuhl machten sich die Beschäftigten der Akademie unter der Führung von Regine Jenne und Bärbel Höfflin-Rock mit den Besonderheiten der Geologie sowie Fauna und Flora dieses Weinbaugebietes vertraut. Die eindrucksvolle Wanderung ging durch die über zehn Meter hohen Lößwände der Eichgasse, einem der wenigen verbliebenen charakteristischen Hohlwege des

Kaiserstuhls. Anschließend wurden zusammen mit Arno Landerer, dem Vorsitzenden des Oberrotweiler Winzervereins, einige der Kostbarkeiten aus den umliegenden Weinbergen verkostet.

Zweisprachiger Fernsehsender

Florian Hager, der stellvertretende Programmleiter des deutsch-französischen Kulturkanals ARTE in Strasbourg, stellte die besondere Philosophie und Aufgabe seines zweisprachigen Fernsehsenders vor und Elke Blocher zeigte die moderne Studio- und Sendetechnik.

Der Menschenrechtsproblematik in Europa widmete sich Isabell von Duhn in ihrem Vortrag. Die Richterin am Landgericht Lübeck und dortige Pressesprecherin ist derzeit abgeordnet an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg. Sie stellte dar, wie die 27 Richter und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die jährlich rund 66 000 Eingaben und Beschwerden über mögliche Menschenrechtsverletzungen in den 47 Mitgliedsländern des Europarats bewältigen. Sie wachen so seit 1959 über die Einhaltung der Menschenrechte von rund 800 Millionen Europäern. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsstaaten bindend und müssen in nationales Recht umgesetzt werden.

Eindrucksvoller Höhe- und Schlusspunkt des Personalseminars war die kunst- und kulturgeschichtliche Führung durch das barocke Kloster St. Peter im Schwarzwald mit Hans-Otto Mühleisen. Der emeritierte Politikwissenschaftler der Universität Augsburg und ehemalige Beirat unserer Akademie verstand es ausgezeichnet, die Geschichte des Klosters lebendig werden zu lassen. Mitten in der historischen Bibliothek mit ihren alten Handschriften faszinierte er alle Teilnehmenden des Programms mit umfangreichen Kenntnissen und seinem Hintergrundwissen. ■

Michael Schröder



Hans-Otto Mühleisen (links) erläuterte alte Handschriften in der Klosterbibliothek von St. Peter

Foto: Schröder

Tutzing auf historischen Postkarten

Es sind mehrere hundert Schätzchen, die Gernot Abendt in den letzten 40 Jahren zusammen getragen hat: Über 1700 historische Postkarten von Tutzing und dem Starnberger See aus den letzten 120 Jahren. Eine Auswahl davon zeigen wir in der Akademie bis zum 21. September.

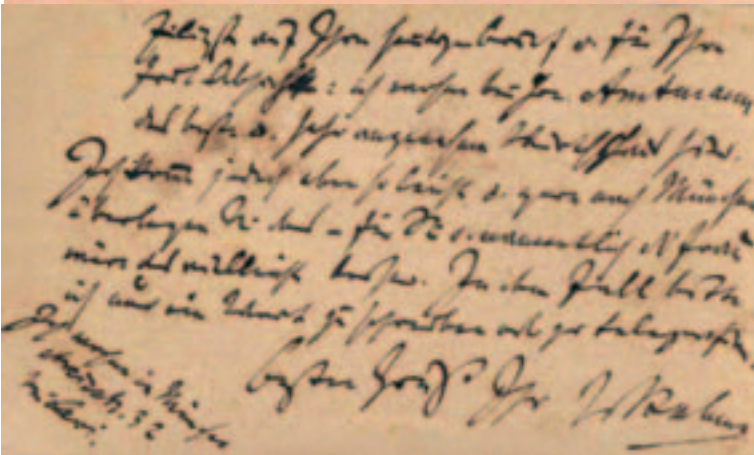
Der Vorsitzende des Förderkreises der Akademie und langjährige Tutzinger Kommunalpolitiker Abendt kam 1973 als Soldat nach Tutzing und entdeckte schnell seine Liebe zu den alten Ansichtskarten aus verschiedenen Epochen. Sie zeigen die Entwicklung zum Tourismusort und das sich wandelnde Bild der Seegemeinde. In der Ausstellung sind nebeneinander Kostbarkeiten zu sehen wie eine handge-

schriebene Postkarte von Johannes Brahms von seinem Tutzinger Aufenthalt wie auch heute kitschig erscheinende Karten des Fremdenverkehrs aus den 1950er Jahren.

Ebenso sind zu entdecken historische Ansichten unserer Akademie wie auch des Tutzinger Schlosses (heute Evangelische Akademie). Eigene Kapitel widmen sich der Seenschifffahrt und dem Kloster Tutzing.

Insgesamt eine spannende Rückschau auf 120 Jahre Ortsgeschichte, für die wir dem Leihgeber sehr dankbar sind. ■ MS

(siehe Presseschau S. 37)



Handgeschriebene Postkarte von Johannes Brahms



links:
historische Ansicht
unserer Akademie



Scharpings Tutzinger Rede vom 26. November 1994

Ein Mediencoup anlässlich der Kooperationstagung mit dem Seeheimer Kreis

Wenige Wochen nach der aus SPD-Sicht verlorenen Bundestagswahl 1994 fand vom 25. bis 27. November in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Die Seeheimer e.V. eine Tagung unter dem Titel „SPD – quo vadis? Zur deutschen Parteienlandschaft an der Jahrhundertwende“ in der Tutzinger Akademie statt.

In den überlieferten Planungsunterlagen heißt es dazu geradezu prophetisch: „Die Tagung wird u.a. wegen der Art des Publikums, eines Teils der Referenten und des zu erwartenden Echos in der Öffentlichkeit mit unseren herkömmlichen Maßstäben nicht zu messen sein.“ Als der zuständige Akademiedozent Jürgen Maruhn (1937 – 2013) diese Zeilen in einem hausinternen Rundschreiben vom 27. September 1994 niederlegte, konnte er noch nicht wissen, wie Recht er damit haben sollte. Doch wie kam es dazu?

Die Wahlen vom 16. Oktober 1994 zum 13. Deutschen Bundestag hatten eine knappe Bestätigung der bestehenden schwarz-gelben Regierungskoalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl erbracht. Als Kanzlerkandidat für die SPD war der Parteivorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsident Rudolf Scharping ins Rennen gegangen.

Ursprünglich war Björn Engholm als SPD-Kanzlerkandidat vorgesehen gewesen. Engholm hatte jedoch im Mai 1993 nach den Enthüllungen im Zusammenhang mit der sogenannten „Barschel-Affäre“ als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, als Vorsitzender der SPD und als Kanzlerkandidat seinen Rücktritt erklärt. Nach dem kurzfristigen Amtsverzicht von Engholm standen für den SPD-Vor-

sitz drei Kandidaten zur Verfügung: Heidemarie Wieczorek-Zeul, Rudolf Scharping und Gerhard Schröder.

Aus der erstmals praktizierten SPD-Mitgliederbefragung ging Scharping im Juni 1993 mit (nur) 40,3 Prozent der

abgegebenen Stimmen als Sieger hervor. Das plebiszitäre Vorgehen bei der Bestimmung des Parteivorsitzenden hatte der Partei, nach Einschätzung namhafter SPD-Politiker, zu neuem Schwung verholfen; es wurde gar von einer Art Aufbruch gesprochen. Dessen ungeachtet ging das innerparteiliche Machtgerangel an der Spitze unverhohlen weiter.

Begleitet von heftigen Spannungen und Richtungskämpfen zog der frisch gekürte und basisdemokratisch legitimierte SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping zusammen mit Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder in Gestalt der sogenannten „Troika“ in den Bundestagswahlkampf 1994. Dabei brachte es die SPD nicht fertig, sich als regierungsfähige Alternative zu präsentieren, sondern trat vielmehr als zerrissene Partei vor die Wähler. Das sollte sich rächen. Am Wahltag lag die Union mit 41,4 Prozent vor der SPD mit 36,4 Prozent. Schwarz-Gelb führte hauchdünn mit zusammen 48,3 Prozent vor der rot-rot-grünen Opposition mit 48,1 Prozent. Nicht zuletzt dank der zwölf Überhangmandate für die CDU konnte Schwarz-Gelb weiterregieren.

Vor dem Hintergrund dieser, wenn auch knappen Wahlniederlage wurde in der Tutzinger Tagung die Frage „SPD – quo vadis?“ erörtert. Als Redner waren unter anderen politische Schwergewichte wie Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der Bundeskanzler der Republik Österreich und SPÖ-Vorsitzende Franz Vranitzky, die bayerische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt, Bundestagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose, die frühere Präsidentin des Deutschen Bundestages Annemarie Renger, Bundesminister a.D. Hans-Jürgen Wischniewski, SPD-



Ein programmatisches Buch von Scharping aus dem Jahr 1994

Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen, der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse und der geschäftsführende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag Albert Schmid zugegen.

Stegreifrede in der Akademie

Der Auftritt von Rudolf Scharping war allerdings im offiziellen Tagungsprogramm nicht einmal angekündigt. Das lag vermutlich daran, dass auf dem prallvollen Wochenendkalender des vielbeschäftigten Partei- und Fraktionsvorsitzenden Tutzing eher in der Kategorie Eventualtermin rangierte. Um so überraschender war sein Erscheinen und dessen Nachklang: Scharping hielt in der Akademie eine Stegreifrede zur Zukunftsorientierung der Sozialdemokratie, die in den Medien ein Echo fand, wie es seit dem Godesberger Programmparteitag von 1959, der außenpolitischen Bundestagsrede Herbert Wehners vom 30. Juni 1960 sowie dem Vortrag von Egon Bahr vom 15. Juli 1963 in der benachbarten Evangelischen Akademie unter dem Titel „Wandel durch Annäherung“ nicht zu verzeichnen gewesen ist. Sie ist als „Scharpings Tutzinger Rede“ in die (Akademie-)Geschichte eingegangen. Die Zeit sprach gar von einem „Mediencoup erster Güte“.

Dabei hatte Scharping im Kern eigentlich nur das wiederholt, was zuvor bereits im SPD-Regierungsprogramm und in einer Analyse der Bundestagswahl zu lesen stand sowie im Parteivorstand und in einer Rede vor der Bundestagsfraktion von ihm vorgetragen worden war. In Tutzing hatte Scharping bei seiner SPD „eklatante Schwächen“ sowie einen „hohen Renovierungsbedarf“ diagnostiziert und einen Modernisierungskurs mit dem Ziel der „zukünftigen Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie“ angekündigt. Dazu rechnete er eine stärkere Öffnung der Partei für wirtschaftliche Fragen und neue Technologien ebenso wie den Umbau des Sozialstaates und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Auf deutliche Kritik stießen Organisation und Erscheinungsbild der

Partei, insbesondere nach den Erfahrungen des jüngsten Wahlkampfes. Scharping wörtlich: „Und wenn dann innerhalb der SPD auch noch eine gewisse Neigung zu kleinen Nickeligkeiten und Eitelkeiten etwas zurückgedrängt werden könnte, dann wäre das für den Mannschaftsgeist des Ladens nicht ganz unwichtig.“

Laut einhelliger Presseberichterstattung – ein „einschneidender Kurswechsel“. Die „Süddeutsche Zeitung“ meldete eine „Kulturrevolution“, die „Welt“ berichtete von Scharpings „Befreiungsschlag“, und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommentierte Scharpings Tutzinger Auftritt wohlwollend als „Paukenschlag“. ■

Steffen H. Elsner

Abschied nach mehr als 18 Jahren Renate Heinz geht in den Ruhestand

Seit April 1996 arbeitete Renate Heinz in der Akademie, zuletzt als Chefsekretärin. Bereits beim Betreten ihres Büros wurde klar, was sie zum einen auszeichnet und wie sie es zum anderen schafft, Beruf und private Interessen zu verbinden: Ihr klar strukturiertes und bestens geordnetes Ablagesystem für Tagungsunterlagen war mit Gesteinen und Fossilien gekennzeichnet und fixiert. So förderte nicht nur jeder Griff von ihr die gewünschte Unterlage auf Anhieb zu Tage, sondern man konnte – auf Nachfrage – auch noch eine kurze Unterweisung in Gesteinskunde erhalten; zu dieser hat Renate Heinz ebenso detailreiche Kenntnisse vorzuweisen wie zu Flora und Bergwelt.

Vor allem aber konnte sie so gut wie jede Frage der Kolleginnen und Mitarbeiter zum zwar raffinierten, aber manchmal doch sehr widerspenstigen Seminarverwaltungsprogramm der Akademie beantworten.

Größte Sorgfalt, pragmatisches Zupacken und ein klarer Blick für das jeweils Wichtige – das zeichnet Renate Heinz aus.

Am 30. Juni hatte sie ihren letzten Arbeitstag in der Akademie. Ich bedanke mich für die hervorragende und sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünsche ihr von Herzen alles erdenklich Gute für den neuen Lebensabschnitt. ■

Ursula Münch



Sabine Wohlhaupter (links) trat am 1. Juli die Nachfolge von Renate Heinz im Sekretariat der Direktorin an

Fotos: Haas/Schröder



Anja Opitz, Doris Dialer, Heinrich Neisser (Hrsg.)
**The EU's External Action Service:
 Potentials for a one voice Foreign Policy**
 (Europawissenschaftliche Reihe, Band 3)
 innsbruck university press/iup, Innsbruck 2014,
 206 S., 27,90 Euro
 ISBN: 978-3-902811-62-2

Die Gründung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) stellt eine der wichtigsten Errungenschaften des Vertrages von Lissabon dar. Oft als „Diplomatischer Dienst“ der EU bezeichnet, soll der EAD mehr Kohärenz und Effizienz in die europäische Außenpolitik bringen. Der EAD nahm seine Arbeit am 1. Dezember 2010 auf. In den vergangenen drei Jahren wurde er immer wieder kritisiert, im Hinblick auf die vagen Aufgabenstellungen und Verantwortlichkeiten teilweise auch zu Recht. Es bedarf wohl mehr als einiger bürokratischer Änderungen, damit der EAD mit einer Stimme sprechen kann. Dieses Buch richtet seinen Fokus nicht nur auf die Fehler bei der Implementierung dieser Einrichtung, sondern reflektiert auch ihre Chancen. Die Herausgeber richten ihren Blick dabei auf die Rolle und Funktion des EAD und laden die Leser, mit wissenschaftlichem wie auch praktischem Hintergrund, zu weiteren Diskussionen ein.



Michael Schröder und Axel Schwanebeck (Hrsg.)
Live dabei
Echtzeitjournalismus im Zeitalter des Internets
 Baden-Baden 2014, 121 S., brosch., 19,- Euro
 ISBN: 978-3-8487-1468-1
www.nomos-shop.de/22864

Das Internet und die digitalen Medien haben den Journalismus verändert. Mit kleinen mobilen Geräten können Berichte, Filme und Fotos in Echtzeit rund um den Globus verschickt werden. Soziale Netzwerke und Blogs haben die Monopolstellung der Korrespondenten und Agenturen aufgeweicht. Für Journalisten bedeutet die immer schneller wachsende Flut von Informationen eine enorme Herausforderung. Die rasant gestiegene Schlagzahl der Nachrichtenverbreitung erhöht gleichzeitig das Fehlerrisiko. Die Glaubwürdigkeit der Medien steht auf dem Spiel. Dieser „Echtzeit-Journalismus“ verführt zur schnellen Nachricht ohne Reflexion und Gewichtung. Es geht um die Sicherung von Qualitätsjournalismus in einer unübersichtlicher werdenden Medien- und Politiklandschaft.

Mit Beiträgen von:

Jörg Armbruster	Martin Bialecki
Christoph Ebner	Sigmund Gottlieb
Michael König	Ulrich Mückenberger
Hans Peter Müller	Gudrun Riedl
Esther Saoub	Holger Schellkopf
Michael Schröder	Axel Schwanebeck
Joachim Wendler	

Thomas Thiel in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 7. Mai 2014:

Entfesselte Macht

... Gibt es in Demokratien „keinen Raum für Geheimdienste“? Unter diesem Titel traf sich in Tutzing der Weltverband der Geheimdiensthistoriker, die International Intelligence History Association, zu ihrem zwanzigsten Treffen. Das Verhältnis von Demokratie und Geheimdienst ist notwendig prekär. Institutionen wie die Geheimdienste, denen die Arbeit im Kellerbau der Demokratie zufällt, leben in stetem Konflikt zu demokratischen Freiheiten, was nicht heißt, dass ihnen jedes Mittel recht sein darf.

Durch die elektronische Überwachung hat sich die Situation noch einmal entscheidend geändert. Die digitale Massenausforschung begrenzt die Geheimdienstmacht nicht mehr auf einzelne verdächtige Akteure, sie hat nun eine virtuelle Präsenz im Leben eines jeden. Ihre Kontrolle ist in demokratischen Staaten Aufgabe der Parlamente. Wie wenig die Politik jedoch Herr des Verfahrens ist, war an der lapidaren Auskunft der britischen Regierung abzulesen, die deutsche Politik möge sich

mit ihren Fragen über die britische Geheimdienstarbeit direkt an das GCHQ wenden.

Sind die Parlamente überfordert? Die Antwort des deutschen Geheimdiensthistorikers Wolfgang Krieger ließ zumindest an politischem Temperament nichts zu wünschen übrig. Die parlamentarische Kontrolle, befand Krieger, habe in Deutschland ihre Grenzen längst erreicht und ihre Ineffizienz ausreichend unter Beweis gestellt. Die Geheimdienstskandale der Vergangenheit seien, in den Vereinigten Staaten wie in Deutschland, meist mit vollem Wissen der politisch Vorgesetzten und trotz parlamentarischer Kontrolle geschehen. Auch die NSA-Spionagebewege sich nach bisherigem Wissen innerhalb der von der Politik gesetzten und vom amerikanischen Kongress gebilligten Grenzen.

In Deutschland habe die Gesetzesnovelle von 2009 dem parlamentarischen Kontrollgremium weitreichende Rechte gegeben und ihm Mittel für technische Experten zur Verfügung gestellt,

die, aus welchen Gründen auch immer, von den Mitgliedern des Gremiums gar nicht genutzt würden. Hier lag für Krieger der wahre Skandal. Die regelmäßig in den Medien geführte Klage des Gremiums über seine Mangelausstattung sei eine Schmierkomödie. Die Kritik ist berechtigt. Der Reformbedarf wird von dem Gremium bei Nachfrage selbst eingeräumt, ein technisch versierter operativer Stab für regelmäßige Kontrollen sei im Aufbau. Krieger wollte aber sichtlich den Sargnagel in die Institution schlagen, was zunächst einmal nichts anderes als eine Lizenz zum Wildwuchs der Dienste wäre.

Getäuscht sah sich, wer energischen Widerspruch erwartet hatte. Neben emphatischer Zustimmung erntete Kriegers gezielte Provokation nur eine zaghafte Replik und das obwohl ihr Autor auch nicht die Verpflichtung empfand, eine Alternative für das zu benennen, was er kühl erledigt hatte. Das sei nicht seine Aufgabe als Historiker. Die Grenzen seiner Profession hatte er längst überschritten. ...

(siehe Bericht Seite 27)

Michael Weiser im NORDBAYERISCHEN KURIER vom 12. Mai 2014:

Ohne Facebook geht es nicht

Wohin entwickelt sich Facebook, und wohin führt es uns? Mit den digitalen sozialen Netzwerken befasste sich die Akademie für Politische Bildung Tutzing in Bayreuth. Und konnte doch nur verdeutlichen, dass alles im Fluss ist.

Da hält ein Mensch einen Vortrag, mehr oder weniger analog, als realer Mensch vor realen Menschen. Eben face to face, wie das heute heißt. Auf einmal brandet ein Jubel auf, von einem Laptop kommt das Geräusch. Torjubel, vom Kicker-Liveticker; in irgendeinem Stadion der Bundesliga ist gerade ein

Tor gefallen. Und nicht einmal der Redner ärgert sich, es war doch klar, dass alle online sind, und ebenso, dass der eine oder andere Zuhörer eher das Finale der Bundesliga als den Vortrag verfolgt.

Auf einer Tagung, die – bei allen interessanten Tipps für Werkzeuge oder Anwendungen im Internet – eigentlich nur klar machte, wie massiv und gleichzeitig flüchtig das Phänomen Internet und soziale Netzwerke ist: Kaum ein Bereich zwischen Sportverein und Arbeitswelt, den es unberührt lässt; niemand, der in der Lage wäre,

schlüssig zu erklären, wie Facebook und Co. die Gesellschaft im Moment verändert. Geschweige denn, welche Auswirkungen sie haben werden. Oder ob Facebook in zwei Jahren überhaupt noch die Messlatte ist. Dabei sparten die Referenten nicht mit dem richtigen Hinweis, dass Facebook kein „Teufelszeug“ sei. Das tat gleich am Anfang Bernward Hoffmann, Professor an der Fachhochschule Münster. Und erzählte dann etwas, was die überwiegend älteren Menschen im Saal doch vielleicht in Richtung „Teufelszeug“ vermutet hätten. Da sei mal Whatsapp

ausgefallen – und prompt hätten Menschen die soziale Orientierung verloren, so Hoffmann. Weil sie nicht einen technischen Defekt vermutet hätten, sondern einen bewussten Akt der Isolation. Ohne Facebook und Co. geht nur noch wenig, sagte Hoffmann ...

Über „Identitätsarbeit“ in den Neuen Medien sprach Niels Brüggem. Junge Menschen nützten die Chance, souverän über ihr Bild in der Öffentlichkeit zu bestimmen. Eine überraschende Beobachtung: Im Internet schwindelten die Menschen auch nicht unverschämter als in der realen Welt.

Allerdings, so Brüggem, sei Skepsis angebracht: Die Jugend an sich gibt es nicht, nicht analog, nicht im Internet. Seine Forderung: mehr Erziehung zur Medienkompetenz, durch Lehrer, aber auch schon durch die Eltern.

Über die Auswirkungen in der Politik sprach Danilo Dietsch. Vorbei seien die Zeiten, da Medienunterricht von den Schulen mit Verweis auf die hohen Kosten abgelehnt werden könne. Smartphones und Tablets lösten PCs und Laptops ab, seien billig und böten Möglichkeiten etwa zum Aufnehmen, wie früher nur Profigeräte. Er stellte –

und das war mit der interessanteste Teil des Tages – Internetinitiativen vor, die jungen Menschen die Teilhabe zumindest an lokaler Politik ermöglichen, etwa www.laut-nuernberg.de oder virtuelle Konferenzräume wie Barcamp. Jeder, so Dietsch, kann zum Sender werden. Jeder seinen Standpunkt äußern.

Thomas Bily stellte am Ende seine Netzwerk-Variante für Senioren vor, nachdem er zuvor nicht wenig Zeit darauf verwendet hatte um darzulegen, dass Senioren auch nichts anderes als die jungen Menschen von vorgestern und insofern genau so wie der Rest seien.

(siehe Bericht Seite 17)

Anita Piesch in der Starnberger SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 4. Juli 2014:

Streifzug durch 120 Jahre

Von einem „Schatz“ sprach Akademie-direktorin Ursula Münch, als sie am Mittwochabend etwa 70 Gäste zur Vernissage „Tutzing in alten Ansichten“ in der Politischen Akademie in Tutzing begrüßte. Sie meinte damit die außergewöhnliche Postkartensammlung von Gernot Abendt, dem langjährigen Gemeinderat und ehemaligen dritten Bürgermeister der Gemeinde.

„Vor 40 Jahren sah ich die ersten Ansichtskarten-Lithographien Gruß vom Starnberger See oder Gruß aus Tutzing. Mir gefielen sie sehr; ich fand sie einfach schön“, erzählte Abendt vom Beginn seiner Sammelleidenschaft. Aus den Karten habe er erst später entdeckt, wie viel Ortsgeschichte darin stecke. So hat er in den 40 Jahren etwa 1700 historische Ansichtskarten, vor allem mit Tutzinger, aber auch anderen Motiven rund um den Starnberger See zusammengetragen. Rund 250 sind in der Ausstellung zu sehen. Besonders stolz ist Abendt auf seine „wertvollste Postkarte, die Johannes Brahms 1873 von Tutzing an den Musikverleger Jakob Rieter-Biedermann nach Leipzig geschickt hat.“



... In rund 20 Themenbereiche können die Besucher Tutzing neu entdecken. Da gibt es Karten mit Bildern über die Schifffahrt am See, das Benediktinerinnen-Kloster, das Schloss, jetzt Evangelische Akademie, sowie Kirchen. Eine Besonderheit auch, dass Karten mit Ortsname Futring statt Tutzing existieren. „Die wurden in Leipzig gedruckt, die wussten nicht, wie Tutzing geschrieben wird“, weiß

Abendt. Auch über die Eisenbahn am Starnberger See gibt es viele Ansichten. „Heute hat der Bahnhof eine Unterführung, die auf einer Karte gezeigte Überführung gab es wirklich.“

Bei einem Streifzug durch 120 Jahre „Tutzing in alten Ansichten“ ist vieles zu entdecken. Bis zum 7. August und vom 2. bis 21. September ist die Ausstellung in der Akademie für Politische Bildung zu sehen.

(siehe Bericht Seite 31)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

S e p t e m b e r

36-1 2. – 5. September

**Tutzingener Sommerakademie:
Zehn Jahre Osterweiterung – Erfolg oder Überforderung?
Eine Zwischenbilanz**

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

37-1 12. – 14. September

**Tutzingener Sommerakademie ASIEN:
China – die gebremste Supermacht?**

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Saskia Hieber / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-2* 15. – 18. September

**Tutzingener Nachwuchsakademie:
Der demografische Wandel – Herausforderungen für Staat,
Gesellschaft und Wirtschaft**

In Zusammenarbeit mit der Studienstiftung des deutschen Volkes

Leitung: Andreas Kalina / Peter Kainz

Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

38-1 19. – 21. September

Macht – Formen, Figuren, Obsessionen

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Gero Kellermann / Jochen Wagner

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

39-1* 22. – 26. September

Südamerika – Ein Kontinent im Aufbruch und Wandel

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-2* 22. – 26. September

**Bonn und Ost-Berlin – Vom Miteinander und Gegeneinander
der Deutschen 1949 bis 1989**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Mayer / Sabine Wintermantel

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-3 26. – 28. September

Krieg in den Medien – Medien im Krieg

In Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR)

Leitung: Michael Schröder / Markus Behmer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158-256-17

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

39-5 26. – 28. September

**9. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung:
Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft – Ethik und Geschichte**

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

*Außenveranstaltung in Würzburg: Exerzitenhaus Himmelsporten
Erhöhte Tagungsgebühr*

40-2* 29. September – 1. Oktober

Regionalism in the UK and its effects on the European integration process

In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut München

Leitung: Anja Opitz / Gabriele Rigó-Titze

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

40-3* 29. September – 2. Oktober

Der ehrbare Kaufmann zwischen Bescheidenheit und Risiko

In Zusammenarbeit mit der TU München, Peter Löscher-Stiftungslehrstuhl für Wirtschaftsethik

Leitung: Wolfgang Quaisser / Michael Spieker / Christoph Lütge / Christoph Strosetzki

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

O k t o b e r

40-1 3. Oktober

Tag der offenen Tür

Leitung: Ursula Münch / Manfred Schwarzmeier

13.30 Uhr bis 18.00 Uhr, Anmeldung ist nicht erforderlich!

Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

41-1* 6. – 10. Oktober

Internationale Akademie:

1914: Südosteuropa und das Kriegsjahrzehnt

53. Internationale Hochschulwoche

in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Wolfgang Quaisser / Wim van Meurs / Wolfgang Höpken

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

41-2 10. – 12. Oktober

**1989 – Aufbruch in Freiheit: Erwartungen, Bilanz
und Perspektiven im internationalen Vergleich**

Leitung: Andreas Kalina / Jörg Siegmund

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

42-2* 13. – 17. Oktober

China und USA – Supermächte des 21. Jahrhunderts?

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Barbara Keppeler

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

42-3* 13. – 17. Oktober

Ethik und Politik: Recht und Gerechtigkeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

42-4 17. – 19. Oktober

Protestkultur – Populismus? Gesellschaften im Wandel des 20. Jahrhunderts

In Kooperation mit der Universität Mannheim

Leitung: Michael Mayer / Philipp Gassert

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

42-5 17. Oktober

Kultur in der Akademie: Tutzingener Kulturnacht 2014

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

43-1* 20. – 24. Oktober

**Geschichte im Film – Als die Bilder laufen lernten
und historische Wirklichkeit schufen**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Mayer / Sabine Wintermantel

Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

Anmeldung über die Akademie Dillingen

43-2 23. – 25. Oktober

**Regionalparteien nach der Europawahl:
Selbstverständnis, Handlungsspielräume und Bedeutung**

In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum

für Föderalismus-Forschung (EZFF) Tübingen

Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund

Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

43-6* 23. – 29. Oktober

Philosophie vor Ort: Sizilien

In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Michael Spieker / Peter Schmidbauer

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außenveranstaltung auf Sizilien

43-4 24. – 26. Oktober

Europäisches Regieren: Neue Kommission – alte Herausforderungen?

Leitung: Andreas Kalina

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

November

45-4* 5. – 7. November

Weltpolitik zu Gast in Bayern: Der G8-Gipfel auf Schloss Elmau

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

45-3 7. – 9. November

Parlamentarische Gestaltungsmacht.

Der Bundestag in Zeiten der Großen Koalition

Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund

Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

46-1* 10. – 14. November

Medien und Politik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

46-2* 10. – 14. November

Wende am Ende? Herausforderungen der Energie- und Klimapolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Barbara Keppeler

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

46-7 14. – 16. November

Den Syrienkonflikt verstehen:

Stellvertreterkrieg – Heiliger Krieg – Freiheitskampf?

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Anja Opitz / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

47-7* 17. November

Kommunalpolitisches Forum: Landesentwicklung und Kommunen

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städtetag

Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Bernd Buckenhofer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Außenveranstaltung in Nürnberg

Internet: www.apb-tutzing.de

www.facebook.com/APBTutzing, www.twitter.com/APBTutzing

www.youtube.com/APBTutzing

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

47-1* 17. – 21. November

Fakultas Sozialkunde: Soziologie

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

6. Sequenz / 4. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Andreas Kalina / Evelin Mederle

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

47-4* 17. – 20. November

Tutzinger Schülerforum: Nahost-Region

Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

47-5 21. – 22. November

Bayerische Außen-Politik: Die Interessenvertretung des Freistaats in Europa

Leitung: Ursula Münch / Andreas Kalina

Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

48-5* 24. – 26. November

Tutzinger Schülerforum: EuropaPolitik erleben!

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union

Leitung: Robert Lohmann / Michael Mayer

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

48-1 28. – 29. November

Wachsam und abwehrbereit!

Wie Kommunen kreativ der rechtsextremistischen Gefahr begegnen

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Gerd Rudel

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

48-3 30. November – 2. Dezember

Tutzinger Didaktikforum:

Planspiele in der politischen Bildung

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Michael Schröder / Detlef Dechant

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sabine Wohlhaupter S.Wohlhaupter@apb-tutzing.de

(Sekretariat der Direktorin)

Ina Rauš I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck H.Schenck@apb-tutzing.de

Karin Sittkus K.Sittkus@apb-tutzing.de

Alexandra Tatum-Nickolay A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de

Simone Zschiegner S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Dezember

49-4 5. – 7. Dezember

Migrationskontinent Europa – Bedrohung oder Chance?

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB) und der Europäischen Akademie Bayern
Leitung: Michael Schröder / Armin Scherb / Birgit Schmitz-Lenders
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

50-1* 8. – 12. Dezember

Jugend und Recht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Gero Kellermann / Oliver Laqua
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-2* 8. – 12. Dezember

Politische Landeskunde Kanada

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Saskia Hieber / Gerhard Finster
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-3* 12. – 14. Dezember

IsarMun 2014: Model United Nations

In Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität München
Leitung: Anja Opitz
Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

51-2 15. – 16. Dezember

Tutzing Mediendialog: Was guckst Du? Kinder- und Jugendfernsehen im digitalen Zeitalter

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing
Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanebeck
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58
*Außertagung in der Evangelischen Akademie Tutzing
Erhöhte Tagungsgebühr*

Internet: www.apb-tutzing.de

www.facebook.com/APBTutzing, www.twitter.com/APBTutzing

www.youtube.com/APBTutzing



Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

Der Förderkreis existiert seit 1988. Er begleitet die Akademie bei ihrer Bildungsarbeit, die heute so wichtig ist wie in der Gründerzeit. Er leistet einen finanziellen Beitrag zur Akademiearbeit sowie zu Publikationen über grundlegende und aktuelle Fragen deutscher, europäischer und internationaler Politik. Er ermöglicht die Verpflichtung hochkarätiger Experten und Referenten aus Wissenschaft und Praxis. Kurz: Der Förderkreis unterstützt die Arbeit des Hauses, wo der Etat an seine Grenzen stößt. Die Mitglieder des Förderkreises wollen diesen Beitrag auch in Zukunft leisten.

Sie können dabei sein: Werden Sie Mitglied

- Sie leisten damit einen Beitrag zu lebendiger politischer Bildung und stützen die Fundamente unserer Demokratie
- Sie können sich beim jährlichen Gartenfest mit Akteuren aus Politik, Gesellschaft, Religion und mit politisch Interessierten austauschen
- Sie sind eingeladen, an den Akademiegesprächen im Bayerischen Landtag teilzunehmen
- Sie lesen im vierteljährlich erscheinenden „Akademie-Report“ Wichtiges aus Tagungen und Veranstaltungen
- Sie können die Zusammenarbeit mit anderen Förderkreis-Mitgliedern nutzen
- Sie helfen der Akademie durch Ihren Beitrag und durch Spenden, die Voraussetzungen ihrer Arbeit zu verbessern

Fax Nr. 08158/256-6644

Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing

Tel. 08158/256-44
foerderkreis@apb-tutzing.de

Beitrittserklärung

zum Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

Name, Vorname, Titel:

PLZ/Ort: Straße/Nr.

Telefon: e-mail:

Beruf: Geb.-Datum:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 30.-- € pro Jahr.

Mein persönlicher Jahresbeitrag soll jedoch 40.-- € oder 50.-- € oder € betragen.

Die Beitragszahlung erbitten wir an die

Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50, Konto-Nr. 430 592 477

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch trug im Rahmen des „Ameranger Disput“ der Ernst Freiberger-Stiftung zum Thema „Freiheit im Zeitalter der Digitalisierung“ und beim Münchner Club zur „Qual mit der Europawahl“ vor.

Beim Symposium des Bayerischen Landtags „Der Landtag und seine Abgeordneten – ihre Aufgaben und ihre Stellung in der Verfassung und ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Ein Widerspruch?“, mit dem die Veranstaltungsreihe „Rolle und Zukunft der Landesparlamente“ eingeleitet wurde, wirkte sie an der Podiumsdiskussion mit.

Beim Gymnasialkongress des Bayerischen Philologenverbands „Zeitgemäße Perspektiven für gymnasiales Lernen“ sprach die Akademiedirektorin zum Thema „Reif für die Gesellschaft – Gesellschaftliche Verantwortung als neues Leitbild für das Gymnasium?“, und bei einer gemeinsamen Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, (Landesverband Bayern) sowie der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit „Politische Bildung in Bayern – quo vadis?“ referierte sie über politische Bildung im 21. Jahrhundert.

Im Rahmen der CSU-Vorstandsklausur hielt sie einen Vortrag zum Thema „Aktuelle Herausforderungen für Volksparteien mit Blick auf den gesellschaftlichen Wandel“. Ihr Impulsvortrag zum Thema „Korporatismus im Parteienstaat – Welche Rolle spielen die Freien Berufe?“ leitete eine Podiumsdebatte von Landtagsabgeordneten beim Tag der Freien Berufe des Verbandes Freier Berufe in Bayern ein.

Im Frühjahrstrimester 2014 veranstaltete sie an der Universität der Bundeswehr München gemeinsam mit Prof. Sylvia Schraut ein interdisziplinäres Masterseminar über „Staatliche Steuerung von Migrationsprozessen. Ein Vergleich in Geschichte und Gegenwart“.

Die Direktorin wurde in die Wissenschaftliche Kommission der Kommission für Zeitgeschichte berufen.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber sprach an der Ludwig-Maximilians-Universität München im Rahmen der von Prof. Dr. Gottfried-Karl Kindermann koordinierten Ringvorlesung „Neue Entwicklungen in Ostasien“ über „Flotten- und Kontrollpolitik im Pazifik“.

Dr. Andreas Kalina leitete an der Universität Passau die Internationale Summer School „EU-Osterweiterung: Quo vadis? Bilanz und Perspektiven nach 10 Jahren“. Ebendort sprach er über „Europas Zukunft: Vereinigte Staaten von Europa?“. In Passau moderierte er zudem die Podiumsdiskussion zum Thema „Potentielle EU-Beitrittskandidaten: Chancen und Perspektiven“. Im Tutzingener Roncalli-Haus hielt er einen öffentlichen Vortrag über „Aktuelle Herausforderungen in Europa: Wie demokratiefähig ist die EU?“.

Dr. Gero Kellermann hielt vor dem Europa-Stammtisch in München einen Vortrag über „Das Grundgesetz und die EU“.

Dr. Michael Mayer referierte auf dem Holocaust-Workshop des Instituts für Zeitgeschichte München zum Thema „Vom Nutzen und Nachteil einer vergleichenden Holocaustforschung“. Auf der Tagung des African Good Governance Network in Nürnberg, die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst ausgerichtet wurde, sprach er über „German Dictatorships of the 20th Century: National Socialism and GDR“.

Dr. Michael Spieker trug auf der 1. Deutsch-Lateinamerikanischen Hegelkonferenz in Buenos Aires zum Thema „Unterwegs zum Wohlfahrtsstaat. Recht und Sozialrecht zwischen Kant und Hegel“ vor (siehe Bericht Seite 28). In Obermarchtal sprach er über „Paideia und Trophä bei Platon“. Zudem referierte er in Seyfriedsberg zur Soziallehre in Papst Franziskus' Apostolischem Schreiben „Evangelii Gaudium“ und in Gröbenzell über Platons Dialog „Gorgias“. In Neundettelsau moderierte er eine Fortbildungsveranstaltung über „Schule und Autismus“. Im Sommersemester hielt er an der Universität Freiburg einen Lehrauftrag zur „Bildungsphilosophie“ ab. Er wurde erneut in den „Sachausschuss Erziehung-Bildung-Familie“ des Landeskomitees der Katholiken in Bayern berufen.

KURATORIUM

Dr. Sepp Dürr MdL (Bündnis90/Die Grünen) ist aus dem Kuratorium ausgeschieden. Wir danken ihm für seine engagierte Mitarbeit in den letzten Jahren. Sein Mandat übernimmt **Claudia Stamm MdL**, haushaltspolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Bayerischen Landtag. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und kreative Anstöße für die Arbeit unserer Akademie.